

SIÖ

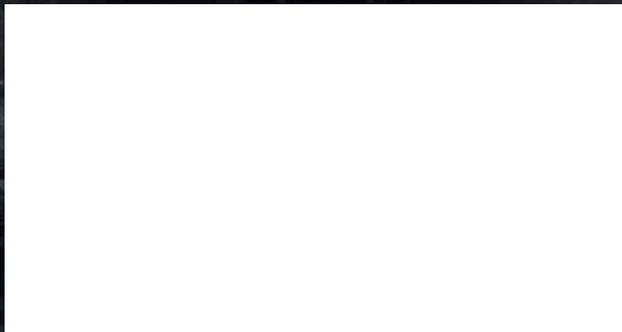


Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich



KLIMAWANDEL UND KLIMAGERECHTIGKEIT

ALS HERAUSFORDERUNG DER SOZIALEN ARBEIT



HALTUNG. MACHT. SELBSTBEWUSST.



Ethische Standards der Sozialen Arbeit als Anker in stürmischen Zeiten!

Die Auseinandersetzung mit ethischen Prinzipien wie der Förderung sozialer Gerechtigkeit, sowie dem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe in verschiedenen Praxisfeldern der Sozialen Arbeit sind in diesen Zeiten besonders wesentlich. Dazu kommen aktuelle ethische Fragen, wie jene zum Einsatz neuer Technologien, zum Umgang mit Vertraulichkeit und Privatsphäre oder der Förderung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Förderung des Bewusstseins über eine professionelle ethische Basis und die Auseinandersetzung mit der beruflichen Haltung sind essentiell für professionelles Handeln und die Qualität der Angebote Sozialer Arbeit.

Die Bundestagung bietet die Möglichkeit zur berufsgruppen- und themenspezifischen Weiterbildung und Vernetzung zu verschiedenen ethischen Prinzipien und dem Umgang mit beruflichen Herausforderungen. Keynotes und Workshops unter Berücksichtigung sowohl internationaler als auch österreichweiter und regionaler Bezüge ermöglichen eine umfassende und differenzierte Betrachtung des Themenkomplexes. Das selbstbewusste Vertreten der ethischen Prinzipien und die eigene Fachlichkeit bedeuten auch eine Stärkung der Berufsgruppe. Denn:

HALTUNG.MACHT.SELBSTBEWUSST.

Bundestagung des OBDS in Kooperation mit der FH Salzburg
Do. 06.06. - Fr. 07.06.2024 in Salzburg

Detailinfos und Anmeldung:
www.obds.at/buta

Partner*innen:



Editorial

Klimawandel und Klimagerechtigkeit



Andreas Pavlic

Liebe Leser*innen!

Wir befinden uns in der Zeit des Klimawandels sowie einer beginnenden bzw. bereits existierenden Klimakatastrophe. Welchen Begriff man dafür verwendet, ist nicht nur eine Frage der Perspektive, sondern hängt auch davon ab, an welchem Ort auf der Erde man lebt. Unser Anliegen ist es, mit dieser Ausgabe den Blick auf verschiedene Facetten dieser Veränderung zu richten, ohne unsere Profession aus den Augen zu verlieren. Die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession hat die Verantwortung und die Pflicht, sich stärker in die politische und soziale Auseinandersetzung rund um Klimawandel und Klimagerechtigkeit einzumischen. Sowohl als Institution, als Kollektiv, als auch als einzelne Person. Das Gespräch mit zwei Klimaaktivist*innen in dieser SIÖ Ausgabe verdeutlicht dies.

In der Vorbereitung zu dieser Ausgabe wurde in der Redaktionssitzung eine zunächst rhetorische Frage gestellt: „Und was sagt die Regierung dazu? Was sagt sie zu Klimakrise und Klimagerechtigkeit?“ Aus dem Scherz wurde Ernst. Wir haben sieben Parteien gefragt. Und wir wollen sie auch zum Thema der nächsten Ausgabe befragen. Das „Superwahljahr 2024“ mit den anstehenden Europa- und Nationalratswahlen bietet eine gute Gelegenheit, bei Parteien direkt nachzufragen. Die ersten Ergebnisse können in dieser Ausgabe nachgelesen werden.

Mein Dank gilt der Armutskonferenz. Sie macht nicht nur eine wichtige sozialpolitische Arbeit, sondern sie stellt auch hochwertige Fachliteratur zur Verfügung. Ihr Buch „Es brennt“ war in mehrfacher Hinsicht hilfreich. Wir sind darin auf die Autorin Karin Fischer gestoßen und haben sie um einen Beitrag für diese Ausgabe gebeten; auch der Kommentar von Christine Sallinger konnten wir kostenlos nachdrucken. Dieser bringt die Perspektive von Armutsbetroffenen auf den Klimawandel auf den Punkt. Mehr zu dem Buch in den Büchertipps.

Apropos Bücher und Büchertipps. Wer gerne liest, sich über gratis Rezensionsexemplare freut und leidenschaftlich Buchbesprechungen schreibt – bitte melden. Wir freuen uns über Rezensionangebote!

Wie immer trugen zum Gelingen dieses Heftes viele Hände und Köpfe bei. Das ehrenamtliche Redaktionsteam, die Autor*innen und all jene, die die SIÖ auf ihre Art und Weise unterstützen und es auch weiterhin tun. In diesem Sinne - viel Freude an der neuen Ausgabe!

Für die Redaktion
Andreas Pavlic | redaktion@obds.at

IMPRESSUM

Soziale Arbeit in Österreich (SIÖ): Fachzeitschrift für Soziale Arbeit seit 1966; Erscheinungsort 1060 Wien; Auflage: 2.000 Stück.
Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit – obds, A-1060 Wien, Franz-Josefs-Kai 27, www.obds.at, redaktion@obds.at; Hersteller: w i e n o r k - integrative Betriebe und AusbildungsgmbH, A-1220 Wien, Maria-Tusch-Straße 21

Redaktion: Andreas Pavlic, Theresa Luxner, Josefina Egg, Sophie Lindtner, Paul Haller, Rudi Rögner; Lektorat: Anna Szolga; Gestaltung: Florian Sitz; Titelseite: Adobe Stock; Bilder & Fotos: Adobe Stock (wenn nicht anders gekennzeichnet) Mitarbeiter*innen der Ausgabe: Julia Pollak, Gerlinde Blemenschitz-Kramer, Richard de Brabander, Timo Tohidipur, Karin Fischer, Johannes Schett, Anja Kerle, Christine Sallinger, Marc Diebäcker

Über zugesandte Beiträge freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich und müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Schwerpunkt.

Klimawandel und Klimagerechtigkeit stellen eine der größten Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert auf globaler Ebene dar. Allem voran im Globalen Süden sind die Auswirkungen auf die Menschen schon jetzt verheerend und mehr als offensichtlich. Wir sprechen hier von „Klima-Kolonialismus“ und einsetzender „Klima-Apartheid“.



Auch im Globalen Norden sind die Leidtragenden des Klimawandels nicht die Hauptverursacher. Vor allem die Adressat*innen der Sozialen Arbeit sind Leidtragende von Klimawandel als sozialem Phänomen. Daher stellen sich für die Profession einige Fragen: Inwiefern muss die Soziale Arbeit das Thema der Klimagerechtigkeit mit dem politischen Mandat der Sozialen Arbeit verbinden und Forderungen auf transnationalen Ebenen miteinander? Welche Praktiken gibt es diesbezüglich bereits in der Sozialarbeit? Wo kann man ansetzen und wer sind die Adressat*innen innerhalb der Sozialen Arbeit?

Diesen Fragen versuchen wir in dieser Ausgabe nachzugehen. Und fragen ebenso nach, was Parteien in Österreich zu Klimagerechtigkeit und zum Klimawandel sagen.

Inhalt

AUSGABE 224 – MÄRZ 2024

»AGAINST THE GRAIN« Richard de Brabander	8
»RECHTLICHE PERSPEKTIVEN AUF KLIMAFLUCHT« Timo Tohidipur	12
»KLIMAKRISE UND SOZIALE UNGLEICHHEIT: KLIMAGERECHTIGKEIT FÜR ALLE?« Karin Fischer	14
»KOLUMNE: DIE ZEIT (B)RENNT« Kommentar aus der Redaktion	18
»SOZIALE ARBEIT UND KLIMAGERECHTIGKEIT« Johannes Schett	20
»MACH MIT: #WSWD2024« obds	26
»BÜCHERTIPPS ZUM SCHWERPUNKTTHEMA« Redaktion	29
»ZUSAMMEN FÜR MEHR KLIMAGERECHTIGKEIT« Anja Kerle	30
»ARMUTSBETROFFENE SIND KLIMASCHUTZWELTMEISTER*INNEN« Christine Sallinger	34
»KOLUMNE: MIT RECHT GEGEN DISKRIMINIERUNG« Paul Haller	37
»UND WAS SAGEN SIE DAZU? SIÖ FRAGT BEI PARTEIEN NACH.« Redaktion	38
»BERATUNG UND BEZIEHUNG IN DER OFFENEN JUGENDARBEIT« Marc Diebäcker	48

THEMENSCHWERPUNKTE DER NÄCHSTEN AUSGABEN

SIÖ 225, Arbeitstitel „Finanzierung und Organisation Sozialer Arbeit“
2. Ausgabe, Redaktionsschluss 30.04.2024, erscheint im Juni 2024

SIÖ 226, Arbeitstitel „Ethik und Soziale Arbeit“
3. Ausgabe, Redaktionsschluss 31.07.2024, erscheint im September 2024

SIÖ 227, Arbeitstitel „Streik und Protest in der Sozialen Arbeit“
4. Ausgabe, Redaktionsschluss 31.10.2024, erscheint im Dezember 2024

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben, freuen wir uns über Kontaktaufnahme unter redaktion@obds.at.

obds aktuell

ÖSTERREICH

Gerlinde Blemenschitz-Kramer, Julia Pollak

Liebe Leser*innen,

im letzten Jahr haben wir die Kolumne obds aktuell unter das Motto „Gemeinsam – Soziale Arbeit – Gestalten“ gestellt. Für das Jahr 2024 haben wir uns – den zahlreichen Anlässen in Stadt, Land, Bund und auch europäischer Ebene entsprechend – für den Slogan „Gemeinsam – Soziale Arbeit – Wählen“ entschieden.

GEMEINSAM

War 2023 ein Jahr des Aufbruchs für den obds? Abschließend werden wir das wohl erst mit etwas mehr zeitlichem Abstand beurteilen können. Aber unsere derzeitige Einschätzung ist, dass wir gemeinsam im abgelaufenen Jahr viele Impulse für künftige Entwicklungen angestoßen, Ideen diskutiert und Optionen ausgelotet haben. Gemeinsam können wir stolz darauf sein, dass es dem obds im abgelaufenen und auch durch personelle Wechsel gekennzeichneten Jahr 2023 gelungen ist, sich zu positionieren und eine gemeinsame Basis für künftiges Handeln im obds zu schaffen.

Wir begrüßen mit Lucija Jurišić (Landessprecherin in der Steiermark) und Michaela Maurer (Vertreterin des obds im Kinder- und Jugendhilfebeirat des Landes Tirol) weitere Kolleginnen, die Funktionen im obds übernehmen. Mit ihnen unterstützen derzeit – abseits von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführung – sieben weitere Mitglieder kontinuierlich den obds. Mit vielen weiteren Mitgliedern, die allerdings keine formalen Funktionen übernommen haben, sind wir laufend in Austausch und auch diese tragen durch ihre oft sehr intensive Beteiligung an Projekten und ihre Expertise bzw. als Impuls- und Informationsgeber*innen wesentlich dazu bei den obds als modernen Berufsverband zu positionieren.

Seit Einführung der Möglichkeit für Studierende eine kostenlose „Mitgliedschaft light“ abzuschließen, haben wir zahlreiche neue Mitglieder gewonnen. Diese erhalten die Zeitschrift SIÖ nicht zugesendet, verfügen sonst aber über die gleichen Vorteile und Rechte, die allen anderen Mitgliedern offenstehen. Wir hoffen, damit Studierende vom obds überzeugen zu können und dadurch mittelfristig die Einnahmen des obds durch Mitgliedsbeiträge steigern zu können, da diese die Hauptbasis unserer Finanzierung bilden.

Mitgliedsbeiträge, Stammdatenverwaltung, die Buchung von Zahlungseingängen, das Legen von Rechnungen für Inserate in der Zeitschrift SIÖ oder der Online-Stellenbörse, Angebotslegung – viele unbedingt erforderliche und wichtige Administration-Aufgaben werden im Hintergrund tagtäglich geleistet. In den letzten Monaten hat Clemens Eichinger als Karenzvertretung maßgeblich dazu beigetragen, dass diese manchmal sehr kleinteiligen und mühseligen Aufgaben verlässlich und genau erfüllt wurden. Ab März 2024 wird Sarah Atzmüller diese Aufgaben übernehmen – und sich gemeinsam mit uns kopfüber in das Abenteuer Übersiedlung stürzen.

SOZIALE ARBEIT

Am 15.12.2023 (nach Redaktionsschluss der Ausgabe 4/23) wurde das SozBezG 2023 als selbstständiger Antrag von Abgeordneten der beiden Regierungsparteien im Parlament eingebracht.

Damit wurde, nach den Gesprächen der letzten Jahre, nun ein Gesetzesvorschlag auf den Weg gebracht, der eine rechtliche Grundlage dafür schafft, dass sich Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen auf Basis im Gesetz definierter Ausbildungen selbst so bezeichnen – und eine Bezeichnungsführung für Personen, die nicht über die einschlägigen, im Gesetz genannten Voraussetzungen verfügen, verboten ist.

Wir vom obds sehen dies, ebenso wie viele Mitglieder und Kooperationspartner*innen als ersten Erfolg und wichtigen ersten Schritt für das dringend notwendige Berufsgesetz für Soziale Arbeit. Auf der Homepage des Parlaments haben obds und ogsa in einer gemeinsamen Stellungnahme (erstmalig in der Geschichte der beiden Verbände!), die Bundesarbeitskammer, die Studiengänge Sozialer Arbeit an Fachhochschulen und andere von der Möglichkeit der Positionierung Gebrauch gemacht. Den Stellungnahmen der genannten Stakeholder ist gemeinsam, dass sie sich für einen Bezeichnungsschutz aussprechen, gleichzeitig aber für den Entfall der Bezeichnungszusätze „akademisch“ bzw. „Diplom“ aussprechen, da diese Begrifflichkeiten bereits für niedrigere Weiterbildungslevels in Verwendung sind.

Der obds und die ogsa haben sich in ihrer gemeinsamen Stellungnahme auch deutlich zur Frage der Mindestanforderungen für Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen positioniert.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf auf die Realitäten der österreichischen Ausbildungslandschaft eingegangen wird und – ergänzend zum außer Streit stehenden Umfang des Grundstudiums im Ausmaß von mindestens 180 ECTS-Punkten entlang der internationalen Standards – im Entwurf auch eine Regelung enthalten ist, die es unter definierten Voraussetzungen auch Quereinsteiger*innen ermöglicht, die Bezeichnung zu führen. (...) Nachdrücklich verweisen wir darauf, dass aufgrund der fachlichen Notwendigkeit des Schaffens eines gemeinsamen Berufsverständnisses sowie in Anerkennung der internationalen Anforderungen, eine Abkehr von dieser im Entwurf festgeschriebenen Mindestanforderung nicht befürwortet wird. Im Gegenteil – aus fachlichen Überlegungen ist mittelfristig eine Überführung jener Ausbildungen, die derzeit auf Ebene ISCED 5 angeboten werden in das tertiäre Bildungssystem anzustreben. Die komplexen Anforderungen, die an Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen gestellt werden, verlangen entsprechend der internationalen Standards eine fundierte, facheinschlägige Ausbildung im Ausmaß von mindestens 180 ECTS-Punkten.“

Die gesamte Stellungnahme ist auch auf der Homepage des obds nachzulesen.

Am 20.02. wurde im Ausschuss für Arbeit und Soziales das **SozBezG 2024** diskutiert. Als nächste Schritte im Gesetzgebungsprozess folgen nun die 2. Lesung im Nationalrat und die Einbeziehung des Bundesrats.

Aktuelle Informationen zum Bezeichnungsschutz und Berufsgesetz finden sich auf der Homepage des obds und im Newsletter. Mitglieder werden über wichtige Entwicklungen per Email auf dem Laufenden gehalten. Wir bitten schon jetzt um Geduld, wenn wir Fragen dazu zu Beginn noch nicht in allen Aspekten beantworten können.

WÄHLEN

Oben haben wir es schon angedeutet – das „Superwahljahr“ wirft seine Schatten voraus. In ganz Österreich formiert sich die Zivilgesellschaft. Im Jänner und Februar haben bereits Demonstrationen stattgefunden, die eine breite gesellschaftliche Allianz für Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung der Demokratie und die Zurückweisung rechtsextremen und menschenfeindlichen Gedankenguts zum Ziel haben.

Der obds als Berufsverband der Sozialen Arbeit, der aufgrund der ethischen Prinzipien der Sozialen Arbeit der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und zur unbedingten Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet ist, hat aus die-

Anlässlich des World Social Work Day #WSWD2024 rufen wir im „Superwahljahr“ auf zur
KUNDGEBUNG 19.03.2024 ab 16.00 Uhr
Platz der Menschenrechte, 1060 Wien

X WÄHLE SOZIALE ARBEIT

Wir Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, Auszubildende, Lehrende, Forschende, Arbeitnehmer*innenvertretungen und Dienstgeber*innen **stehen gemeinsam für**

- ✓ Soziale Teilhabe, Gerechtigkeit und Inklusion
- ✓ Wahrung von Grund-, Freiheits- und sozialen Rechten
- ✓ Starke Stimmen gegen gesellschaftliche Scheitlagen
- ✓ Fachliche und ethische Standards
- ✓ Professionalisierung und bedarfsgerechte Qualifizierung
- ✓ Ein gelingendes Leben für Alle

Wir arbeiten professionell mit und für Menschen, um positive Veränderungen für die Herausforderungen des Lebens zu bewirken und die soziale Gesundheit zu fördern.

Dafür braucht es mehr Fachkräfte, nachhaltige Finanzierungen und bundesweit einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen.

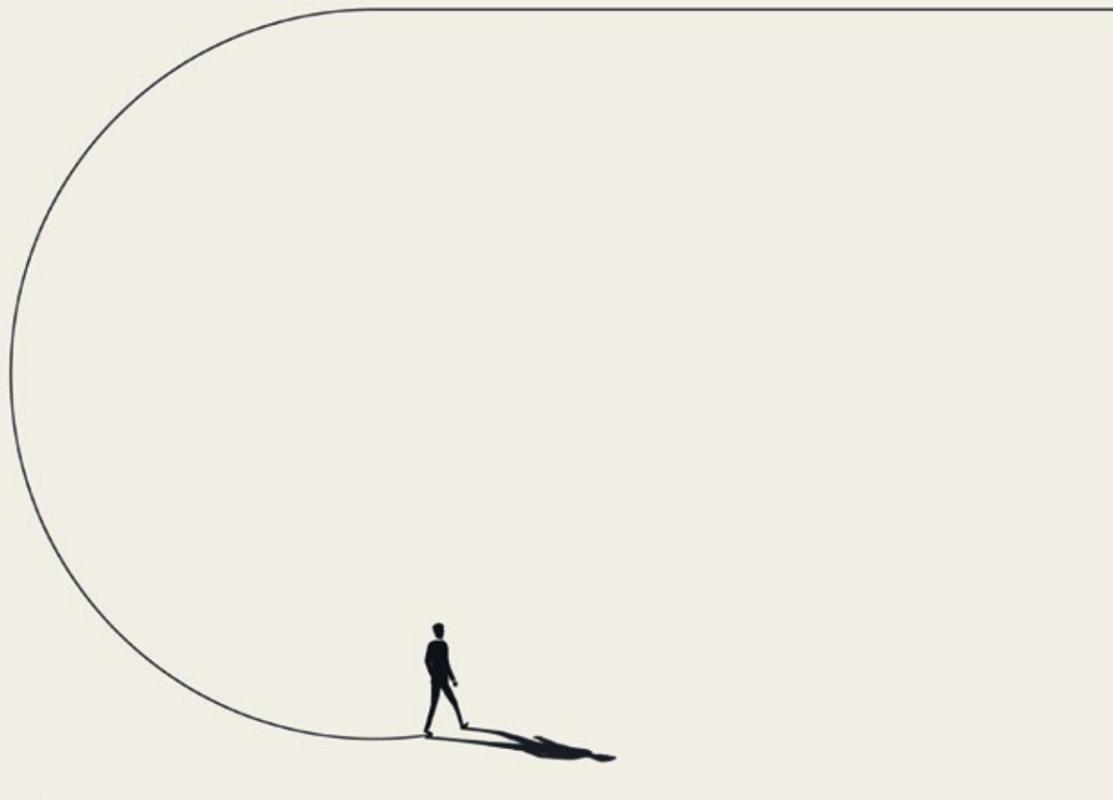
sem Grund die Demonstration „Demokratie verteidigen“ im Jänner in Wien unterstützt und wird sich auch künftig an entsprechenden Kundgebungen beteiligen und auch seine Mitglieder dazu aufrufen, sich entsprechend zu positionieren.

Erstmalig wird der obds als bundesweit agierende Organisation auch selbst gemeinsam mit Kooperationspartner*innen anlässlich des World Social Work Days #WSWD2024 am 19.03.2024 in Wien eine größere Kundgebung abhalten. Unter dem Motto „Wähle Soziale Arbeit“ finden sich Auszubildende, Praktiker*innen, Lehrende und Forschende aus vielen Teilen Österreichs genauso wie Vertreter*innen der Sozialpartner*innenschaft am Platz der Menschenrechte in Wien ein, um für die Soziale Arbeit, für ein „Mehr“ an Fachkräften, für nachhaltige Finanzierungen und für bundesweit einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen auf die Straße zu gehen. Für alle, die nicht vor Ort kommen können gibt es wiederum eine Online-Kampagne zum WSWD. Auch so kannst du beitragen, Soziale Arbeit sichtbar zu machen. Alle Details dazu und dein persönliches #WSWD2024 Poster findest du in der Mitte des Heftes!

Wähle Soziale Arbeit und komm zur Kundgebung am 19.03.2024!



Julia Pollak, Gerlinde Blemenschitz-Kramer
Geschäftsführung | soziale.arbeit@obds.at



Against the grain

Towards an ecosocial perspective on social work

Richard de Brabander

Worldwide, hundreds of millions of people live under circumstances that make them particularly vulnerable to climate change. Heat waves and floods lead to droughts, food scarcity, pollution of water systems, spread of disease and famine in the Global South. Tens of millions of people have become displaced, which leads to conflict and violence among groups of people, in particular against women and children (UNHCR, 2023). The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, 2023) has described how climate change acts as a multiplier of socioeconomic inequalities and involves social, cultural, and political exclusion. Because of the disruptive social effects that extreme flooding, drought, and hurricanes have on our society, I prefer to speak of climate crisis instead of climate change.

Also in Europe, albeit to a lesser extent, we are facing a climate crisis. It is obvious that, as seen in Germany and Belgium in the summer of 2021, social workers help and assist people in the aftermath of disasters caused by climate change or enhance the quality of life of people who live in disadvantaged areas. However, that alone is not enough, because marginalized and disadvantaged groups suffer disproportionately from these negative effects. The climate crisis confronts us with major justice issues. It forces us to

reflect on the question of how we can create a sustainable world that is socially and ecologically just. And with that, the question immediately arises what role social work can or has to play in responding to the climate crisis. This role, as I will argue, cannot be limited to initiating and supporting ecosocial practices. The climate crisis also calls for a redefinition and re-evaluation of the principles of the social work profession.

CHANGING OUR BEHAVIOUR IS NOT ENOUGH

In recent decades, European governments have placed a great emphasis on promoting self-reliance, self-direction, self-empowerment and personal responsibility in their social policies. This policy assumes that our actions and behaviour are a matter of rational choice. This individualistic or egocentric understanding has led to a one-sided focus on changing our behaviour, not only to overcome our personal problems but also the crises we are facing today. Eric Klinenberg (2018) gives a bitter example of this egocentric understanding when he describes the brutal way in which public officials responded to the deaths caused by a heat wave in one of Chicago's poorest neighbourhoods in 1995. According to these officials, the people who died had

'chosen their own fate' and had 'neglected themselves'. However, during his stay in these deprived neighbourhoods, Klinenberg found that the people living there expressed the same values as those living in more affluent areas of the city, and made genuine efforts to support each other. He concludes that the deaths were not a matter of negligence but of a lack of social infrastructure, 'the physical places and organisations that shape the way people interact' and condition their capability to cope with a heat wave (Klinenberg, 2018).

The climate crisis makes it clear that an egocentric understanding is no longer tenable. We cannot blame individuals or groups of individuals for the consequences of the climate change, nor can we expect that changing our behaviour alone will be the answer to such a complex challenge and the persistent patterns of inequality that it entails. Reducing global warming and biodiversity loss will take more than persuading people to take shorter showers, eat less meat and insulate their houses. Of course, this will reduce the carbon emissions, but it will not lead to a sustainable society that is ecologically and socially just.

A SYSTEM CHANGE

'We need system change, not climate change', reads the banner of climate protesters. Not only activists, but also experts in public administration and policy, economists, sociologists, climate scientists and philosophers have come to a similar conclusion. According to them, the recent financial crisis, the economic crisis, the refugee crisis, the covid pandemic and their compounding effects must be seen as the symptoms of an underlying system that is getting out of joint. Therefore, we need a system change which aims to steer our societies in a sustainable direction, also referred to as an ecosocial transition (Matthies & Nähri, 2017).

This ecosocial transition affects the very foundations of our society. It is 'an existential change in the way human kind lives and interacts with its social and natural environment' (Huntjes, 2021, p 172). This change is complex as well as fundamental. It is complex because it intertwines environmental, economic, technological dimensions as well as cultural and social dimensions that are not causally related to each other. However, it should be noted that the cultural and social dimensions are often seen as the third wheel, because they are seen mainly as an instrumental precondition for gaining public support and promoting civic engagement. By asking citizens to use public transport or to take shorter showers, governments are ignoring the deeply social nature and social impact of both the climate crisis and the ecosocial transition.

But what makes an ecosocial transition fundamental is that it involves a transformation of discourse (the values, ideas, ways of thinking, cultural assumptions, beliefs) as well as a transformation of structures (physical and social infrastructure, procedures, knowledge infrastructure, working

methods) and practices (routines, the way we interact professionally as well as in everyday life).

This ecosocial transition also affects the profession of social work which "needs to redefine itself in light of this urgent ecological crisis" (Powers & Rinkel, 2018, p. 31). This redefinition aims at nothing less than the development of a new paradigm - a set of mindsets, values, assumptions and practices that offer a different perspective on social issues (Coates, 2003; Matthies & Nähri, 2017; Rambaree, et al., 2019). Thus, ecosocial work is not just a methodology or a specialty within social work, nor is it limited to environmental concerns alone. It includes an ethical-political dimension that addresses issues of injustice and human rights, and challenges political-economic structures and socio-cultural patterns that prevent human and non-human beings from flourishing.

ECOSOCIAL WORK

Radical changes inevitably lead to feelings of uncertainty, social discontent and debates about justice. Negotiations regarding green deals, climate mitigation and adaptation often reveal conflicting interests between groups such as farmers protecting their businesses and ecologists striving for the conservation and restoration of nature. Marginalised people cannot benefit from state subsidies for solar panels or expensive electric vehicles for the simple reason that they are unable to afford such expenses. The rise in petrol and energy prices is already causing them financial problems, and often leading them to poverty.

Ecosocial work is commonly linked to the principles of structural social work and its 'person-in-environment' approach. Due to their expertise in poverty, social security, community building and marginalisation, social workers are able to demonstrate the effects of the climate crisis and the transition. However, it criticises the concept of structural social work for excluding the natural environment. From an ecological perspective, ecosocial work views the person-in-environment as an interaction between humans and their natural environment (Nähri & Matthies, 2016). It aims to promote the principles of social and economic equality, while upholding the dignity and worth of all human and non-human beings (Matthies & Nähri, 2017; Rambaree et al., 2019).

FROM ANTHROPOCENTRISM TO ECOCENTRISM

The paradigm's most controversial principle is the shift from anthropocentrism to ecocentrism. After all, social work, which aims to support disadvantaged people, is a human-centred profession. However, it is no longer tenable to enhance human well-being without taking into account the non-human nature on which human life depends. Ecocentrism sees human beings first and foremost as a part of an ecosystem in which human and non-human beings are interconnected, mutually influential and in-

terdependent. In addition to social justice, respect for diversity, inclusion and emancipation, and the realisation of human rights, ecosocial work also strives for ecological justice. This means that human and non-human beings are of equal value. This principle criticises the age-old (Western) idea that human beings are outside of and above non-human nature, in order to understand and control it. This idea, which views humans as autonomous, rational, and self-centred, has also contributed to the predomination of the egocentric approach in Western social policy and social work.

When the IPCC states that climate change is caused by human activity, it must be acknowledged that this is not solely a matter of human behaviour or economics. Instead, the axiomatic idea that our economy must grow reflects our anthropocentric view and its presupposed commodification of human and non-human nature (Coates, 2003; Hickel, 2021). That is why solely changing our behaviour is not enough.

POST-GROWTH ECONOMY

While economic growth has led to greater well-being and prosperity as well as improved healthcare and education for millions of people, an increasing number of economists are highlighting the negative consequences of an economy that makes growth to its highest goals.

An economy requires energy and raw materials extracted from the earth. The pursuit of growth as the ultimate goal has resulted in exceeding planetary boundaries, leading to deforestation, acidification of the oceans, loss of biodiversity and global warming. This pursuit also creates a rat race that puts pressure on working conditions and the livelihoods of large groups of people. Think of the fast fashion industry which is notorious for exploiting vulnerable people including children, while polluting their living environments. Flash movers embody an economy that needs to speed up and become more flexible. To keep their jobs, workers must meet their targets, without demanding too much in return.

From an ecocentric perspective, ecosocial work sees the economy as a part of the natural ecosystem, not vice versa. This aligns with the criticism of economists who have recently attempted to conceptualise a de-growth or post-

growth economy (Hickel, 2021). This idea enables us to explore how the economy can contribute to the flourishing of human and non-human life. To respect their dignity, not only in the present but also in the future, not only here but also elsewhere.

A CIRCULAR-INCLUSIVE ETHICS

The post-growth economy is linked to, what I call, the imperative of circular-inclusive ethics. This means that we should not demand more from others or from nature than it can regenerate. Exploiting people or animals for labour without adequate compensation or guaranteeing only a subsistence level of life prevents them from building a life with dignity. For example, child labour and the pregnancy industry in India are among the most brutal examples of this exploitation. However, this ethical perspective also criticizes the dominant values of modern welfare states which place excessive demands on their citizens by constantly making them responsible for their own fate.

As Martha Nussbaum argues, a life in dignity encompasses more than material certainties, such as having enough food and a roof over our head. According to her, social justice includes respect for human rights, meaningful work, good education, the opportunity to enjoy cultural expressions and to participate in a political debate as well as time for reflection and imagination. She also pleads for the protection of capabilities necessary for non-human beings to flourish (Nussbaum, 2006).

AN ECOLOGY OF KNOWLEDGES

Finally, the critique on the anthropocentric view also puts an end to the hegemonic concept of modern scientific knowledge that governs all domains of our society including economics, politics, and social work (De Sousa Santos et al., 2007).

Assuming that we are part of a complex ecosystem that we cannot fully oversee and control, ecosocial work reflects critically on our ways of thinking and our complacent ways of relating to ourselves, other cultures and other non-human life. It acknowledges that there are various conceptions of what counts as knowledge, and that, however important, the modern scientific form of rationalism is just one among them. This recognition asks for a re-evaluation

of indigenous and local knowledge which often shows a different relationship between people and nature. A well-known example is the Maori who consider the Whanganui River to be a family member.

However, social policies in European countries that prioritise evidence-based practice also tend to exclude local knowledge and experience of residents when they appear to be incompatible with these policies and methods. In accordance with these assumptions, it can be argued that the current climate crisis is also a crisis of the Western model of social work professionalism (Nähri & Matthies, 2016).

ECOSOCIAL PRACTICE

“Interesting. But what am I going to tell my students or colleagues tomorrow?” This is a common question I often receive. Reduced mainly to the implementation of government social policy and its focus on the individual, most teachers and practitioners seem to have forgotten how to address issues of injustice and human rights, and challenge policies that prevent human and non-human beings from flourishing.

Fortunately, we can learn from the many ecosocial practices that are emerging across Europe, often initiated by citizens and social entrepreneurs. They are creating community gardens and urban wildernesses, setting up solar panel cooperatives and markets that sell locally-sourced products. Rob Hopkins (2013), one of the initiators of Transition Towns, describes how these practices enhance local economy, celebrate local culture and craftsmanship, and become part of an ecosocial infrastructure that fosters contact, mutual support, and collaboration among residents.

Public Food, an initiative in Rotterdam, is a good example of an ecosocial practice. Every Monday morning, a group of people living at subsistence level gather at the Mealprep Café, a community kitchen. Here, they work with chefs to prepare meals that they can take home at the end of the morning: twenty-five portions for fifteen euros. They learn to cook with fresh organic vegetables, nuts, legumes, and peppers and to use alternatives for sugar and salt. But Public Food not only provides healthy meals and a place to meet and practice their skills. It is also a critique of capitalism and the privatisation of the food system, which has resulted in an agricultural industry, dominated by intensive livestock farming and fast-food chains. By sourcing the ingredients from regenerative farms, Public Food takes into account the impacts of its activities on the ecosystem. In addition to pursuing ecological sustainability, it believes that healthy food should be recognized as a public good and a basic human right. People living at subsistence level can often hardly afford healthy food, which reveals the inequality and health disparities within our society. People with low incomes are more likely to suffer from diabetes, obesity, high cholesterol, and hypertension, which can cause cardiac trouble.

In light of an ecosocial transition, ecosocial practices at the local level may seem insignificant. As Hopkins (2013) argues, these kinds of projects not only change how communities perceive themselves but also build confidence and provide marginalized groups with opportunities to participate fully in the local community. The importance of these projects is that they allow us to experiment with alternative ways of thinking and promote social justice while respecting the ecological boundaries of our planet. At the local level, these practices not only contribute to a resilient ecosocial infrastructure but also put into practice new ideas about a post-growth economy and the relationship between humans and non-human beings. They demonstrate that an ecosocial transition is possible.

AGAINST THE GRAIN

It seems obvious that social work can support or collaborate with these initiatives that combine ecological and social goals, promoting our flourishing with respect to our natural environment. I would like to emphasize that this does not mean that the urgency of the problems experienced by individuals is neglected. However, ecosocial work provides a different perspective to support individuals and marginalized groups. It seeks to widen the viewpoint by drawing attention to prevailing socio-cultural and economic-political patterns in society that, on both a global and local scale, disadvantage them and lead to socio-economic, cultural, and political disparities hindering their human rights.

Indeed, social work policies and social work practices, at least in the Netherlands, still lack explicit attention to these issues. But this should not prevent us to develop an ecosocial perspective on social work. On the contrary. In accepting its responsibility in relation to the climate crisis, social work should go against the grain and, without being dogmatic, put its own guiding principles prominently on the agenda and recognize their interconnectedness with the ecological dimension of human life.

Richard de Brabander

Professor (lector) Ecosocial Work at Inholland University of Applied Sciences, Rotterdam, the Netherlands.



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:



Erhebung SOZIALE ARBEIT

Wie geht es den Berufstätigen in der Sozialen Arbeit?
Bis 31. März 2024 können Sie teilnehmen.

www.arbeiterkammer.at





Rechtliche Perspektiven auf Klimaflucht

Klimaflucht bzw. umweltbedingte Flucht ist eine Realität, die sich aber nur unzureichend im Recht abbildet. Gemäß dem jüngsten Bericht des Global Report on Internal Displacement (GRID 2023) sind allein 2022 32,6 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen zur Flucht aus ihrem unmittelbaren Lebensraum innerhalb ihres Staates gezwungen worden.[1] Zwischen 2008 und 2014 waren fast 185 Millionen Menschen zur – landesinternen und grenzüberschreitenden – umweltbedingten Migration gezwungen.[2] Es stellt sich die Frage, ob das (Flüchtlings-) Recht auf solche Entwicklungen hinreichend Antworten gibt, inwieweit also Rechte für Betroffene generiert werden.

Timo Tohidipur

GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION UND EU-FLÜCHTLINGSRECHT

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (verkürzt auch Genfer Flüchtlingskonvention – GFK – genannt) als grundlegende Norm für die weltweite Konstituierung möglichst verbindlicher Standards für den Schutz von Flüchtlingen scheint aus unterschiedlichen Perspektiven nicht so richtig auf das Phänomen Umweltflucht zu passen. Die GFK definiert in Art. 1 A GFK den Begriff „Flüchtling“ und im Rahmen dessen auch die rechtlich relevanten Fluchtgründe abschließend. Demnach sind Menschen vor Verfolgung aus Gründen von Rassismus, der Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen der politischen Überzeugung zu schützen. Umwelt und Klima werden in der Definition nicht genannt, sind daher auf den ersten Blick keine Kategorien, für die die GFK einen Schutzbereich eröffnet.

Die für das EU-Flüchtlingsrecht maßgebliche Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95/EU)[3] übernimmt diese rechtliche Definition der GFK und damit auch die Begrenzung der anerkannten Fluchtgründe wörtlich und schließt folglich unmittelbar an den begrenzten Schutzbereich der GFK an. Auch der durch das EU-Recht konzipierte „subsidiäre Schutz“[4], der den Flüchtlingsschutz insbesondere dahingehend erweitert, dass ebenso die indivi-

duelle bzw. spezifische Bedrohung mit einem ernsthaften Schaden durch einen bewaffneten Konflikt (Krieg) und willkürliche Gewalt im Sinne von Terrorakten ein Schutzrecht generiert, ist vom Wortlaut her nicht anwendbar auf klima- bzw. umweltbedingte Flucht.

Schon konzeptionell zielt das Internationale bzw. europäische Flüchtlingsrecht ausdrücklich auf den Schutz von Menschen vor individueller Verfolgung – also auf Gründe, die in spezifischer Weise eine bestimmte Person betreffen, und erkennt grundsätzlich keine Fluchtgründe an, die allgemein und unspezifisch auf eine Vielzahl von Menschen zutreffen, wie es eben bei der umwelt- bzw. klimabedingten Flucht der Fall ist. Weiterhin muss nach den gängigen Kategorien des Flüchtlingsrechts die Verfolgungshandlung durch einen Staat, einen staatsähnlichen Akteur, der Teile des Staatsgebietes beherrscht oder einen nichtstaatlichen Akteur mit entsprechender Macht erfolgen. Natur und Klima sind aber gerade keine willentlich handelnden Akteure in diesem Sinne, die zielgerichtet Menschen verfolgen.

Das internationale und europäische Flüchtlingsrecht enthält also in einem ersten Zugriff keine ausdrücklichen rechtlichen Schutzgrundlagen für Flucht aus Gründen des Klimawandels, von Naturkatastrophen oder sonstigen (nachhaltigen) Umweltveränderungen.

RECHTSPOLITISCHE TENDENZEN

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird eine Begrenzung von Schutz- und Verfahrensrechten von flüchtenden Menschen fortschreiben,[5] sodass eine Erweiterung der Fluchtgründe auf Klima- bzw.-Umweltbedingungen nicht realistisch ist. Allerdings plant die EU im Rahmen der Reform des GEAS auch eine neue sog. „Krisen-Verordnung“, die zumindest in einer vorläufigen Entwurfsfassung[6] einen Reaktionsmechanismus auf einen „Massenzustrom“ von Flüchtlingen aufgrund einer Krisensituation oder Höherer Gewalt (force majeure) vorsieht. Gemäß dem Erwägungsgrund 7 des Verordnungsentwurfs wird hierbei unter force majeure unter anderem eine Pandemie oder eine Naturkatastrophe verstanden, was sich auch mit völkerrechtlichen Begriffsverständnissen deckt.[7] Auch wenn es bei dieser „EU Krisen-Verordnung“ im Kern um die solidarische Verantwortungsverteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten geht, ist es doch zugleich eine implizite Ankerkennung von Umweltveränderungen im Sinne von Naturkatastrophen als möglichem Fluchtgrund, allerdings ohne Festlegung spezifischer Schutzkategorien.

Auch auf internationaler Ebene sind in den letzten Jahren rechtspolitische Tendenzen dahingehend sichtbar, klimabedingte Migration immerhin als gemeinsame Herausforderung wahrzunehmen und die Staatengemeinschaft zu verpflichten, tätig zu werden. So enthält der von den UN initiierte Global Compact on Migration einen eigenen Abschnitt zu Naturkatastrophen, Auswirkungen des Klimawandels und Umweltzerstörung, worin die Staaten u.a. dazu aufgerufen werden, umweltbedingte Migration besser zu dokumentieren und zu bewältigen, dabei auch die Rechte der Betroffenen zu schützen. Die politische Anerkennung dieser Schutzbedürftigkeit ist wichtig, doch zielen viele Initiativen eher auf die Stärkung der Resilienz der Betroffenen oder perspektivische Maßnahmen zum

Ausgleich der Verschlechterung von Umweltbedingungen, aber weniger oder gar nicht auf die Verbesserung der rechtlichen Schutznormen.[8]

KAMPF UM ALTERNATIVWEGE IM RECHT

Wenn eine Erweiterung des Flüchtlingsrechts nicht greifbar ist, müssen andere rechtliche Schutzkategorien herangezogen werden. So hat der UN-Menschenrechtsausschuss auf die Klage eines Bewohners des im Meer versinkenden Inselstaates Kiribati 2020 entschieden, dass grundsätzlich Klimaflüchtlingen das Recht auf Asyl nicht verweigert werden darf, wenn ihr Leben in Gefahr ist, da ansonsten ein Verstoß gegen eben dieses Recht auf Leben gemäß Art. 6 des Internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) vorläge.[9] Wenngleich die konkrete Beschwerde des Klägers abgelehnt wurde, da es genug anderweitige Schutzmechanismen für die Bevölkerung gäbe (Umsiedlungspläne etc.), ist diese Entscheidung grundlegend für eine Vielzahl von ähnlich Betroffenen jetzt und vor allem in Zukunft. Schwierig wird die Umsetzung, wenn es nicht nur um temporäre (humanitäre) Hilfe, sondern um umweltbedingte dauerhafte Umsiedlung über Staatsgrenzen hinweg gehen wird. Wichtig wäre eine verbindliche und allgemein anerkannte Definition eines klimabedingten Schutzstatus, damit dieser nicht erneut immer wieder langwierig erkämpft werden muss.

Prof. Dr. Timo Tohidipur

Professur für das Recht der Sozialen Arbeit, insbesondere Migrationsrecht, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Frankfurt University of Applied Sciences



VERWEISE

- 1 Internal Displacement Monitoring Center, Global Report on Internal Displacement (GRID), 2023.
- 2 Agenda for the Protection of cross-border displaced persons in the context of disasters and climate change (Nansen-Initiative), 2015; https://disasterdisplacement.org/wp-content/uploads/2014/08/EN_Protection_Agenda_Volume_1_low_res.pdf (31.01.2024).
- 3 Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Qualifikationsrichtlinie).
- 4 Art. 2 f RL 2011/95/EU.
- 5 Maximilian Pichl, Der Europäische Asylkompromiß, Kritische Justiz 3/2024, S. 341; Steffen Angenedt/Nadine Biehler/Raphael Bossong/David Kipp/Anne Koch, Endspurt bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2023.
- 6 Council of the EU, Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council addressing situations of crisis and force majeure in the field of migration and asylum (13800/23), 4. Oktober 2023.
- 7 International Law Commission (UN), Draft Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts. Commentary, 2001/2008, S. 76
- 8 So z.B. ausdrücklich die Nansen-Initiative (s.o. Fn.2), 2015, S. 7.
- 9 UN CCPR/C/127/D/2728/2016, vom 23. Sept. 2020; https://tinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CCPR/C/127/D/2728/2016&Lang=en (31.01.2024).



Klimakrise und soziale Ungleichheit: Klimagerechtigkeit für alle?

Die Klimakrise entfaltet sich vor dem Hintergrund drastischer sozialer Ungleichheiten. Der Begriff der „Klimagerechtigkeit“ rückt Ungleichheiten in den Mittelpunkt: ungleiche Verursachung, ungleiche Betroffenheit, ungleiche Handlungschancen und ungleiche Anpassungsmöglichkeiten.

Karin Fischer

Wie verheerend Extremwetterereignisse oder hohe Temperaturen wirken, hängt nicht vorrangig von der Klimaerwärmung ab, sondern davon, wie gut sich betroffene Gruppen oder Gesellschaften dagegen schützen können. Während in reichen Ländern viele Milliarden Euro in den Hochwasserschutz fließen, sterben in Pakistan regelmäßig Menschen durch Überschwemmungen und Hunger. Während Bauern hierzulande auf Versicherungsschutz und finanzielle Entschädigung zählen können, führen in Tansania die mittlerweile häufigeren und schwereren Dürreperioden zu Ernteaussfällen und Tiersterben. Die betroffenen Familien verschwinden aus der Region. Es ist davon auszugehen, dass sie sich auf die Suche nach Überlebensmöglichkeiten anderswo machen.

Auch in den reichen Ländern treffen die Folgen der Klimakrise die Ärmern und Schwächeren ungleich stärker. Menschen, die wegen ihrer Nationalität oder Hautfarbe am Wohnungsmarkt diskriminiert sind, sind meist auf energetisch nicht sanierte Wohnungen und dicht verbaute Stadtteile verwiesen. Empfänger*innen von Sozialhilfe können ihre Wohnungen im Sommer nicht kühlen. Studien aus den USA und Australien zeigen, dass selbst

diejenigen, die über eine Klimaanlage verfügen, sie nicht anstellen, weil sie zu teuer ist. Von Hitzestress sind ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen am stärksten betroffen.

Die Beispiele verdeutlichen es: Die Folgen der Klimakrise treffen jene am stärksten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Das trifft auf Orte und Weltregionen zu und auf Menschen, die aufgrund ihrer niedrigen Einkommen auf „kleinem Fuß“ leben. Philip Alston, Sonderberichterstatter für Armut und Menschenrechte der Vereinten Nationen, nennt das „Klima-Apartheid“: „Wir steuern auf ein Klima-Apartheid-Szenario zu. Wohlhabende werden es sich leisten können, Überhitzung, Hunger und Konflikten zu entkommen, während der Rest der Welt leiden muss.“ (UN 2019)

UNGLEICHE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG ODER: KLIMA-KOLONIALISMUS

In unserer globalisierten Wirtschaft fallen die Orte der Produktion und jene des Konsums häufig auseinander. Gerade jene Waren, die zu unserem Alltag gehören – von

Kleidung und Sportartikel über Nahrungsmittel und Pharmaprodukte bis zu Haushalts- und Unterhaltungselektronik und Autos – werden in globalen Warenketten gefertigt. Das bedeutet: Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, verschiedene Fertigungsstufen, Endmontage und Dienstleistungsinputs sowie Endverbrauch und Entsorgung finden an räumlich weit auseinanderliegenden Orten statt. Transnationale Konzerne, die solche komplexen Produktionsnetzwerke kontrollieren, weisen einzelnen Produktionsschritten jene Orte zu, die dafür am geeignetsten sind. Niedrige Arbeitskosten und geringe Umweltauflagen sind wesentliche Standortfaktoren und sorgen für Profite in den Konzernzentralen.

Globale Warenketten bedeuten auch, dass Umweltauswirkungen, die mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen für den Konsum in einem Land bzw. für einen spezifischen Lebensstil in Verbindung stehen, an anderen Orten anfallen.

Die Forschung belegt in diesem Zusammenhang einen „ökologisch ungleichen Tausch“ zwischen armen und reichen Ländern. Denn erstens beanspruchen Hocheinkommensländer, so auch Österreich, durch ihre Handelsbilanzen mehr Ressourcen (Materialien, Energie, Land) als sie für den Weltmarkt zur Verfügung stellen; und sie verursachen zweitens mehr Emissionen in anderen Ländern, als sie innerhalb ihrer eigenen Grenzen zulassen. Einfacher ausgedrückt: Hocheinkommensländer sind Externalisierungsgesellschaften (Lessenich 2016). Sie lagern die ökologischen Kosten und Lasten ihrer Lebensweise an künftige Generationen und in andere Länder bzw. Gesellschaften aus, und zwar, um genauer zu sein, in ärmere Länder. Denn Rohstoffabbau, schmutzige Produktionsstufen und großflächige Exportlandwirtschaft finden überwiegend in Ländern des globalen Südens statt. Dort fallen Emissionen und Abfälle an, dort werden Unmengen Wasser, Flächen und Energie verbraucht, Wälder gerodet, Böden und Grundwasser kontaminiert. Wir sprechen von „environmental burden shifting“ bzw. der räumlichen Verlagerung von Umweltbelastungen und Umweltschäden (Fischer u.a. 2023).

Umgekehrt „spart“ Österreich diese Umweltschäden bzw. diesen Umweltverbrauch ein, weil es z. B. wasserintensive Waren wie Möbel, Bekleidung und Getreide für Tierfutter importiert. Die Forschungsgruppe Coin-Int am Wegener Center der Universität Graz hat berechnet, dass Österreich 93 Prozent des Wassers importiert, das es braucht, um den Endkonsum zu befriedigen. Mehr als ein Drittel dieses „virtuellen Wassers“, das in den Produkten, Dienstleistungen und Prozessen „versteckt“ ist, die wir kaufen und täglich nutzen, stammt aus Ländern, in denen Wasserknappheit herrscht (wie zum Beispiel China, Pakistan und Indien).

Dass Hocheinkommensländer überproportional von dieser ungleichen „Arbeitsteilung“ profitieren, ist kein Zufall.

Es ist das Ergebnis verfestigter, kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse. Die gewaltsame Aneignung von vier billigen Inputs – billige Arbeit, billige Nahrung, billige Energie und billige Rohstoffe (Moore 2020) – haben den wirtschaftlichen Aufstieg der europäischen Kolonialmächte ermöglicht und diesen über Jahrhunderte Verschmutzungsvorrechte gesichert.

Kolonialismus ist keine weit zurückreichende, abgeschlossene historische Epoche. Wenn wir die gegenwärtige Verfassung der Weltwirtschaft und ihre sozialökologischen Schiefen verstehen wollen, müssen wir die Augen öffnen für seine Spuren in der Gegenwart. Immer noch dominieren die reichen Länder des globalen Nordens die Spielregeln der Handels- und Industriepolitik und die Institutionen, die sie regulieren. Fast drei Viertel der Gesamtprofite der 2000 weltweit größten Konzerne verbuchen Unternehmen aus dem globalen Norden, wie die UN-Handels- und Entwicklungskonferenz vorrechnet (UNCTAD 2018). Es sind die gleichen, die globale Warenketten kontrollieren.

KLIMA(UN)GERECHTIGKEIT

Wie eng die ökologische und die soziale Dimension zusammenhängen, zeigt sich in zahlreichen Umweltgerechtigkeitskonflikten. Fast 4000 solcher Konflikte verzeichnet der globale „Umweltgerechtigkeitsatlas“ weltweit, in denen Menschen um den Erhalt ihrer Lebensumwelt, vielfach sogar um ihre Lebensgrundlagen kämpfen und dabei im schlimmsten Fall ihr Leben lassen. Im Bergbau kommen die meisten Umweltaktivist*innen zu Tode, gefolgt von der Agroindustrie, wie die NGO „Global Witness“ („Weltweite Zeugenschaft“) in ihren jährlichen Berichten dokumentiert.

Die Klimakrise heizt diese Konflikte und auch geopolitische Spannungen künftig weiter an. Denn die Mineralien und Metalle, die für die Energiewende hin zu erneuerbarer Energieinfrastruktur und E-Mobilität in unseren Breiten gebraucht werden – u.a. Bauxit, Kobalt, Lithium, Graphit, Phosphor und Seltene Erden – lagern vor allem im globalen Süden. Zum Teil sind sie in noch weniger Ländern konzentriert als Erdöl. Dass in Nordafrika für geplante Energieexporte – Stichwort grüner Wasserstoff – Land enteignet und für europäische Unternehmen aufgeschlossen wird, bezeichnen Kritiker*innen als „grünen Kolonialismus“. Handels- und Investitionsabkommen zwingen die Länder zu unvorteilhaften politischen und wirtschaftlichen Kooperationen.

Das globale Agrobusiness treibt den großflächigen Anbau von Mais, Soja, Raps, Palmöl und anderen Ackerfrüchten, die zu Agrartreibstoff verarbeitet in Autotanks landen, voran. Wälder, Savannen und wertvolles Ackerland verwandeln Nahrungsmittel- und Chemiekonzerne in Monokulturen, auf denen unter Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden Nahrungsmittel, Energiepflanzen und Futter-

mittel für den Export wachsen. Vor diesem Hintergrund wird das Paradoxon verständlich, dass arme Länder Acker- und Ölfrüchte exportieren und gleichzeitig Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung importieren. Denn die Konkurrenz um Land und Wasser schwächt die lokale Ernährungssouveränität und führt im schlimmsten Fall zu Vertreibung der lokalen Bevölkerung.

Noch drastischer zeigt sich die globale sozialökologische Ungleichheitsordnung, wenn wir die „grüne“ Zukunftshoffnung Elektromobilität, die zugleich ein Festhalten an individueller Automobilität verheißt, betrachten. Die Internationale Energieagentur prognostiziert, dass die Nachfrage nach Mineralien für Elektrofahrzeuge bis 2040 um mindestens das Dreißigfache zunehmen wird: nach Lithium um mehr als das 40-fache, nach Graphit, Kobalt und Nickel um das 20 bis 25-fache (IAE 2021). Denn ein typisches Elektroauto benötigt sechsmal mehr Mineralien als ein konventionelles Fahrzeug. Dazu kommt, dass E-Autos schwerer sind und – ganz entgegen dem, was eigentlich sein sollte – die Autohersteller immer größere und PS-stärkere Autos bauen und bewerben. Laut IAE sind fast die Hälfte aller in den USA seit 2010 verkauften Autos SUVs, in Europa ist es ein Drittel.

PowerShift, ein in Berlin ansässiger Verein für ökologisch-solidarische Energie, weist auf ein grundlegendes Problem hin: Wird unter Mobilität weiterhin individuelle Automobilität verstanden und sollte die Autoindustrie ihr Ziel eines 1:1 Austausches der Verbrenner durch E-Autos forcieren, tritt sie mit der Energiewirtschaft in Konkurrenz um Rohstoffe. Preise werden in die Höhe schießen und die dringend nötige Energiewende enorm verteuern. Und wir wissen, das bedeutet eine hohe Belastung für ärmere soziale Schichten und die Staatshaushalte.

KLIMAGERECHTIGKEIT FÜR ALLE?

Konsummuster und Lebensstile in reichen Ländern – wie wir arbeiten, essen, reisen, wohnen – werden erst durch globale Warenketten möglich. Nicht nur die exzessive Anhäufung von Vermögen, die überall auf der Welt stattfindet, sondern auch der Wohlstand, wie er in Gesellschaften des globalen Nordens als gesellschaftliche Norm gelebt wird, wird durch jene Aktivitäten und globale sozialökologische Ungleichheit möglich, die den Klimawandel vorangetrieben haben und fortgesetzt vorantreiben. Ohne den ständigen Zustrom günstiger Massenwaren würde sich das Leben in reichen Ländern enorm verteuern. Dass sich der soziale Friede in unseren Breiten noch einigermaßen aufrechterhalten lässt, verdankt sich auch diesem Umstand.

Auch in reichen Gesellschaften herrscht soziale Ungleichheit. Sozial-ökologische Ungleichheiten – also der Zugang zu und der Verbrauch von Ressourcen – werden von Klassen- und Geschlechterverhältnissen mitbestimmt; dazu kommen Ungleichheitsdimensionen wie Wohnregion, Al-

ter, Beruf und ethnische Zugehörigkeit. Menschen sind ungleich in die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse des globalen Kapitalismus eingebunden. Sie sind dadurch auch unterschiedlich stark an Ressourcenverbrauch und Übernutzung der Natur beteiligt oder Umweltgefährdungen ausgesetzt.

Wie können wir beide Dimensionen – die sozialökologische Ungleichheit entlang der Nord-Süd-Achse und jene zwischen oben und unten in unserer Gesellschaft – zusammendenken? Welche politischen Antworten weisen in eine zukunftsfähige Richtung?

Zunächst geht es meines Erachtens darum, individuelles Konsumverhalten nicht zu moralisieren oder zum alleinigen Angelpunkt für Veränderung zu machen. Wir leben in reichen Gesellschaften aufgrund einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung auf Kosten ärmerer Länder. Das ist in der Regel kein absichtsvoller oder bewusster Akt. Wir sind strukturell, quasi hinter unserem Rücken und im Alltag unsichtbar, in globale sozialökologische Ungleichheitsverhältnisse eingesponnen. Individuelle Konsumententscheidungen – fair, bio oder regional zu kaufen – sind in ihrer Wirkung entsprechend begrenzt. Solche Entscheidungen sind in erster Linie der Geldbörse und möglicherweise dem Wunsch nach klassenspezifischer Distinktion geschuldet. Ernährungsgewohnheiten oder das Mobilitätsverhalten zu verändern, würden schon mehr bewirken, doch dazu später.

Das Argument, das ich stark machen möchte, lautet: Der Ressourcenverbrauch, seine Zusammensetzung und Verteilung hängen sehr stark von der Form der gesellschaftlichen Organisation ab, etwa von vorgegebenen Mobilitätsinfrastrukturen, internationalen Handelsregimen und gesellschaftlich geprägten Konsummustern. Es geht deshalb darum, den Blick darauf zu richten, was eine Gesellschaft verbraucht. Denn die individuellen Konsummuster sind in hohem Maß davon abhängig, wie unsere Gesellschaft organisiert ist. Individuelle Konsumententscheidungen können als politisches Statement wichtig sein, bewirken aber, für sich genommen, keine strukturellen Veränderungen. Genau diese braucht es aber, denn der Ressourcenverbrauch in Hocheinkommensländern, also in unserer Gesellschaft, ist in hohem Maße unnachhaltig (Schaffartzik/Krausmann 2021).

Durch eine Klimagerechtigkeitsbrille betrachtet, löst daher auch finanzielle Umverteilung das Problem nicht. Denn Umverteilung im nationalen Rahmen bedeutet fortgesetzte Externalisierung, also den Export von sozialökologischen Ungerechtigkeiten. Es braucht grundlegende Strukturereformen, die ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen. Davon profitieren gerade jene, die niedrige Einkommen haben. Denn soziale Ungleichheit ist, wie wir gesehen haben, untrennbar mit ökologischer Ungleichheit verknüpft. Deshalb gehören soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit zusammen.

Eine Ungleichheits- oder Gerechtigkeitsbrille rückt die ungleiche Verursachung des Klimawandels ins Zentrum und macht deutlich, dass unterschiedliche sozial-ökologische Transformationsstrategien verfolgt werden müssen. Für arme Länder geht es überhaupt erst darum, Bedingungen für eine sozial inklusive, die Grundbedürfnisse befriedigende und Ernährungssouveränität gewährleistende Entwicklung zu schaffen. In reichen Gesellschaften kann der Ausbau sozial-ökologischer Infrastrukturen und sozialer Dienste, fallweise auch monetäre Kompensationen, bestehende Ungleichheiten reduzieren. Für breite Schichten kann ein „Weniger“ und „Anders“ (Stichwort Suffizienz) ein Leitmotiv sein. Eine Verminderung des Verbrauchs und Suffizienz ist angesichts globaler Ungleichheiten und Klimagerechtigkeitsabwägungen dringend erforderlich. Allerdings ist es derzeit noch schwierig, in Österreich suffizient und klimafreundlich zu leben. Wir brauchen Strukturen, d.h. gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Verhältnisse, die das ermöglichen.

NEUE LEBENSREALITÄTEN SCHAFFEN: STRUKTUREN FÜR EIN KLIMAFREUNDLICHES LEBEN

Klimastrategien zielen vor allem auf die Reduktion des Treibhausgasausstoßes und setzen dabei auf erhöhte Energieeffizienz. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen ist umstritten. Studien weisen darauf hin, dass der Einsatz ressourcensparender Technologie gar Anreize schafft, mehr Energie zu verbrauchen. Im Verkehr zeigen sich solche Rebound-Effekte, wenn durch E-Mobilität oder infolge von niedrigerem Benzinverbrauch mehr und mit größeren Autos gefahren wird.

Handlungs- und Gestaltungskompetenzen können bei Gewohnheiten, Routinen und Alltagsregeln ansetzen. Diese gilt es zu verändern, mit dem Ziel, ressourcenleichter zu leben und gleichzeitig die Lebensqualität zu erhöhen. Tradiertere Imaginationen und nicht nachhaltige Gewohnheiten zu verändern, ist sicher nicht einfach. Es braucht die Motivation zur reflexiven Eigenarbeit – und einen Fokus auf gemeinschaftliches Handeln und Strukturen.

In einem Bericht im Rahmen des Austrian Panel on Climate Change (APCC) hat sich ein großes Team aus Wissenschaft und Praxis Gedanken über Strukturen für ein klimafreundliches Leben gemacht (siehe Online-Quellen, unten). Über 20 Kapitel geben Hinweise und Anregungen, was sich an den Rahmenbedingungen und Verhältnissen, in denen das tägliche Leben stattfindet, ändern soll, damit ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.

Lenken wir unseren Veränderungswillen und unser Handeln dorthin, wo wir gemeinsam mit anderen – in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnbezirk, in der Gemeinde – Strukturen anregen oder schaffen können, die ein sozial und ökologisch zukunftsfähiges, gemeinsames Leben ermöglichen. Ernährung und Mobilität bieten wirkungsvolle Ansatzpunkte. Denn kurze Wege zu Fuß oder mit dem Rad

zu erledigen ist gesund, CO₂-arm und um ein Vielfaches energieeffizienter als Autofahren. Damit Gehen und Radfahren auch Spaß macht, braucht es entsprechende Infrastrukturen. Hier tut sich ein breites Feld für eigenes und organisiertes zivilgesellschaftliches Handeln auf, etwa in der betrieblichen Forderung nach Verlegung einer Haltestelle oder der Bildung von Fahrgemeinschaften, der Forderung nach sicherer Radinfrastruktur oder einer Initiative gegen Elterntaxis.

Für nachhaltige Strukturen einzutreten kann auch heißen, Widerstand gegen den weiteren Ausbau fossiler Infrastrukturen zu initiieren oder zu unterstützen, sei es gegen neue Bodenerschließungen, Schnellstraßen oder Flughafenerweiterungen. Es sind nämlich genau solche langlebigen Infrastrukturen, die den Weg in eine klimafreundliche Zukunft buchstäblich verbauen: Sie bestimmen künftige Ressourcenflüsse, Abfälle und Emissionen, sind schwierig ab- oder rückzubauen und schränken Veränderungsmöglichkeiten in der Zukunft ein, wie Anke Schaffartzik in ihrem Vortrag trefflich ausführt (siehe Links am Ende des Beitrags).

Auch in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung liegt ökologisches Potenzial. Weniger Zeitdruck, verringerte Mehrfachbelastungen und mehr Möglichkeiten zur Erholung können klimafreundliches Verhalten erleichtern. Arbeitszeitverkürzung sowie eine gerechtere Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern reduzieren Stress und eröffnen die Möglichkeit, das Volumen der Erwerbsarbeit fairer zu verteilen. Solche Ansätze bergen Potenzial, der Erschöpfung der Menschen und der Ökosysteme entgegenzuwirken und neue Maßstäbe für Wohlstand zu entwickeln. Denn darum wird es gehen: neue Parameter für ein zufriedenes Leben innerhalb planetarischer Grenzen zu definieren.

Karin Fischer

ist Soziologin und Historikerin. Sie leitet den Arbeitsbereich Globale Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz. In Forschung und Lehre beschäftigt sie sich mit Ungleichheit in historischer und transnationaler Perspektive, globalen Warenketten sowie neoliberaler Transformation. Sie ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Publikationen über Nord-Süd-Verhältnisse, Entwicklungstheorien, Globalisierungsprozesse und soziale Bewegungen.



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:

Definition Klimagerechtigkeit

Eine klimagerechte Welt fordert, dass diejenigen, die am meisten zur Entstehung und Zuspitzung der aktuellen Klimakrise beigetragen haben, auch den größten Beitrag leisten müssen, um diese zu bewältigen. Dabei geht es nicht zwangsläufig um bestimmte Länder, sondern auch um Bevölkerungs- bzw. Einkommenschichten. Denn die Folgen der Klimakrise werden regional wie global vor allem jene zu spüren bekommen, die kaum Schuld an der Klimakrise haben. Und sie sind, prozentuell auf die Weltbevölkerung gesehen, die Mehrheit. Das bedeutet also, dass eine Minderheit durch ihr ausbeuterisches Verhalten, die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen zunehmend gefährdet.

Klimagerechtigkeit bedeutet also, Verantwortung zu übernehmen und Bewusstsein zu schaffen, für die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Zugang zu Ressourcen.

Sie ist unmittelbar mit anderen Aspekten der globalen und sozialen Gerechtigkeit verbunden und kann nicht losgelöst davon erreicht werden. Genau dafür steht auch die Agenda2030 mit ihren 17 SDGs, die versucht, diese komplexen Zusammenhänge greifbarer zu machen.



„Die Zeit (b)rennt“

„phi schreibt, was sie sich denkt. **Kommentar aus der Redaktion**“

Die Armutskonferenz veröffentlicht 2023 das Buch „Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten“ und thematisiert damit die Debatte rund um eine klimagerechte Zukunft. Für sie steht außer Frage, dass Klimapolitik eine sozial gerechte sein muss, um der sozialen Ungleichheit auf globaler Ebene entgegenzuwirken. Welchen Beitrag eine klimagerechte Soziale Arbeit leisten kann, wird in Bezug auf den deutschsprachigen Raum angesprochen und ist dort nachzulesen.

Der Fokus dieser Kolumne wird dieses Mal auf ein zum Teil vergessenes oder oft übersehenes Wissen gelegt, von dem die Soziale Arbeit in ihrer internationalen Definition behauptet, dass sie sich neben Theorien der Sozialen Arbeit, der Sozial- und Geisteswissenschaften stützt: auf indigenes Wissen. So versteht sich die indigene Bevölkerung als Wächterin und nicht als Eigentümerin der „Mutter Erde“, des Bodens und des Landes. Im lateinamerikanischen Kontext hat sich das alternative Modell des „Buen Vivir“, des guten Lebens, als dekoloniale Praxis entwickelt. Es kritisiert Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen nicht nur, sondern will diese überwinden. Der Würde des Menschen entsprechende Werte sollen gelebt werden, welche ihren Niederschlag in der Implementierung solidarisch konzipierter Sozialstrukturen finden. Dies betrifft nicht zuletzt die Ökonomie, welche auf gemeinschaftlichen Praktiken auf- bzw. umgebaut werden soll. Gleichzeitig sollen soziale Beziehungen nicht ökonomisiert werden. Neben der materiellen Dimension für die Sicherstellung von Wohlstand soll Platz für Glück und Spiritualität sein. Das „Buen Vivir“ räumt der Ethik eine enorme Wichtigkeit ein, da über Werte neu verhandelt werden

muss. Wissenschaftlich und politisch wird für die Dekolonisierung von Wissen und für eine demokratische Entscheidungsfindung plädiert und gekämpft. Die dekoloniale Praktik besteht in der Überwindung der Rassifizierung von sozialen Beziehungen sowie der Ausbeutung über kapitalistische Strukturen. Anstatt die Natur beherrschen zu wollen, ist es dem „Buen Vivir“ ein Anliegen, mit ihr solidarisch in Beziehung zu treten.

Was bedeutet dies nun für den hiesigen sozialarbeiterischen Kontext? Vielleicht gar nichts, weil wir in keine indigene Lebensform eingebunden sind? Vielleicht können wir aber in puncto Dekolonisierung von Wissen und in Anlehnung an die Definition von Sozialer Arbeit zumindest Rückbezüge zu indigenem Wissen schaffen, diese in Argumentationsstränge einbauen und so auf die globale Dimension des Klimawandels und seine verheerenden Auswirkungen – v.a. auf sozialökonomisch benachteiligte Personengruppen – aufmerksam machen. Gleichzeitig könnten z.B. innerhalb der Gemeinwesenarbeit Gemeinschaftsgärten, nachbarschaftliche Projekte des Tauschens und Teilens und Reparierens, generationsübergreifende Wohnprojekte oder auch lokale Energieprojekte forciert werden. Menschen werden so nicht nur (psycho-)sozial und finanziell entlastet, solidarische Ökonomien fördern auch klimagerechte Handlungsweisen.

Die Zeit (b)rennt, also lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, wie ein solidarisches In-Beziehung-Treten mit der Natur (wieder) möglich wird und welche Ebenen von politisch Verantwortlichen dafür adressiert werden müssen.

ÖAGG | PD

in Kooperation mit  

UNIVERSITÄTSLEHRGANG PSYCHOTHERAPIE: FACHSPEZIFIKUM PSYCHODRAMA

Die Psychodrama-Ausbildung befähigt zur Ausübung von Einzel-, Paar- und Gruppentherapie sowie zur Arbeit mit Familien

GEPLANTER BEGINN DER NÄCHSTEN LEHRGÄNGE:

Wien/St.Pölten (BSU)
Oktober 2024

Salzburg (PLUS)
Oktober 2024

Graz/Klagenfurt/Salzburg (PLUS)
März 2025

Abschluss: Master of Science (MSc), 8 Semester berufsbegleitend
Bewerbungen: psychodrama@oeagg.at

www.psychodrama-austria.at/fachspezifikum



Soziale Arbeit und Klimagerechtigkeit

Eine reißbretthafte Darstellung vielfältiger Verbindungslinien und Handlungsnotwendigkeiten.

Johannes Schett

Das Klima ändert sich. Diverse Entwicklungen unserer Zeit lassen sich mit diesen Worten beschreiben. Doch während der Abbau sozialer Sicherungssysteme, Diskriminierung, Hass und andere Phänomene im Allgemeinen wohl als Abkühlung des sozialen Klimas wahrgenommen werden, beschäftigt eine Krise, die beinahe ungebremst den diametralen Weg der Erhitzung einnimmt, die Soziale Arbeit lange Zeit zu wenig: die Klimakrise. Denn obgleich der Klimawandel primär naturwissenschaftlich charakterisierbar ist, lassen sich die sozialen Dimensionen der Klimakrise nicht leugnen. Dahingehend werde ich in diesem Artikel den Versuch unternehmen, einen thematischen Aufriss über aktuelle Entwicklungen im Kontext der Klimakrise darzustellen und deren Verbindungslinien mit Kernthemen der Sozialen Arbeit zu spannen.

DER KLIMAWANDEL

Um eingangs die Basis für die Auseinandersetzung festzulegen, scheint es mir notwendig, den Begriff des Klimawandels selbst zu behandeln und darzustellen, welche

ökologischen Folgen und daraus resultierende sozialen Risikofaktoren dieses Phänomen beinhaltet.

In den Grundzügen beschreibt der Begriff des Klimawandels eine naturwissenschaftlich nachweisbare Veränderung der globalen Oberflächentemperatur. Die aktuelle Präsenz der Thematik begründet sich dabei in der enorm beschleunigten Erwärmung seit Beginn der Industrialisierung, welche sich mittlerweile auf 1,1°C beläuft und weiterhin massiv und mit zunehmender Geschwindigkeit steigen wird (IPCC 2023). Dass die Zusammenführung von Daten zu dieser Erkenntnis führt, sollte uns allerdings nicht dazu verleiten, den Klimawandel als einen weltweit einheitlichen Temperaturanstieg zu missinterpretieren. Vielmehr ist es ein zentrales Charakteristikum des Klimawandels, dass sich dessen Auswirkungen regionsspezifisch ausdrücken und „vor allem bekannte Wetter- und Klimaereignisse hinsichtlich ihrer Intensität, Häufigkeit und Dauer [verstärken]“ (Liedholz 2021, S.25f). Diese Aussage lässt uns das Klima als ein dynamisches System erkennen und verweist auf ein den Klimawissenschaften

inne liegendes Spannungsfeld. Denn diese sind qua ihres Gegenstands äußerst komplex. Erkenntnisse lassen sich aus naturwissenschaftlicher Perspektive kaum derart klar darstellen, wie dies für politische Entscheidungen notwendig ist. Für die Vertreter*innen bedeutet dies, dass Erkenntnisse immer in politisch funktionale Erzählungen im Sinn von Richtwerten, Grenzlinien etc. übersetzt werden müssen, was neben einer Politisierung auch eine simplifizierte Darstellung und teilweise auch eine Zügelung der Inhalte nach sich zieht (Bauriedl 2016, S.16ff).

Umso schwerer muss dahingehend die Direktheit gewichtet werden, mit welcher der IPCC die menschlichen Produktions- und Lebensverhältnisse bzw. die damit einhergehende Emission von Treibhausgasen als Ursache des Klimawandels und dessen weitreichende Folgen, sowie die Dringlichkeit sofortiger und ernsthafter Maßnahmen benennt (IPCC 2023).

Um diesen Folgen nun ein Gesicht zu geben, kann grundsätzlich festgehalten werden, dass mittlerweile jede Region der Erde von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. Dies umfasst die Zunahme von Hitzeextremen, Starkniederschlägen, Dürren, tropischen Wirbelstürmen sowie den Rückgang der Eisflächen und die Übersäuerung der Meere, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies hat zur Folge, dass laut aktueller Einschätzung der IPCC etwa 3,3-3,6 Milliarden Menschen einem hohen Risiko durch Umweltextreme ausgesetzt sind, sei dies durch die Unverfügbarkeit lebenswichtiger Ressourcen, die absehbare Unbewohnbarkeit von Regionen oder die Gefahr von körperlichen Verletzungen (IPCC 2022, S.11). Auch in Österreich sind derartige Auswirkungen bereits Realität, wie eine Studie des BMSGPK aus dem Jahr 2021 darstellt. In dieser werden vor allem extreme Hitzeperioden und Umweltkatastrophen und deren Gefahren für Erkrankte, alte Menschen, Kinder und mobilitätseingeschränkte Personen angeführt (BMSGPK 2021, S.4ff).

Nun muss an dieser Stelle klargestellt werden, dass die bisherigen Ausführungen lediglich Erkenntnisse wiedergeben, was auch Welzer, Soeffner und Giesecke die trockene Aussage entlockt, dass es objektiv „gleichgültig [ist], ob es auf der Erde im Durchschnitt 2, 4 oder 8 Grad wärmer oder kälter wird. Die Evolution als solche vollzieht sich »wertneutral«“ (2010, S.11).

Diese banale und beinahe zynisch wirkende Rückbesinnung ist notwendig, da sie eine harte Realität erkennen lässt. Nämlich die Unvermeidbarkeit der gesellschaftlichen Entscheidung, das Klima und damit Menschen zu schützen, oder die Klimakrise mit all ihren ökologischen und humanitären Katastrophen zu erleben. Beide Optionen werden weitreichende Folgen haben, womit wir inmitten einer spannungsgeladenen Aushandlung angekommen sind, deren Ausgang über die Gestaltung des zukünftigen Miteinanders bestimmt wird. Denn in unserem Umgang mit der Klimakrise wird entschieden werden, welche gesellschaft-

IPCC - INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE (IPCC)

ist eine Institution der Vereinten Nationen, auch als Weltklimarat bekannt. Dieser gibt im Abstand von fünf bis sechs Jahren Sachstandsberichte heraus, die als wissenschaftliche Konsensposition hinsichtlich des Einflusses des Menschen auf das Weltklima gelten.



Mehr auf <https://www.de-ipcc.de/>.

lichen Strukturen, kulturelle Logiken und sozialen Werte wir bewahren oder hinter uns lassen wollen.

Wie können diese Entwicklungen eingeordnet werden? Die Soziale Arbeit muss sich dabei die Frage stellen, welche Positionen sie in dieser Entwicklung einnehmen möchte und sich dabei bewusst sein, dass es nicht festgeschrieben ist, „welche Lösungen, welche politischen Optionen [...] in einigen Jahren für möglich [gehalten werden], die heute noch ganz undenkbar scheinen?“ (ebd.).

In diesem Text möchte ich deshalb Perspektiven und Ordnungsmöglichkeiten anbieten, die Orientierung geben könnten. Hierfür werde ich mich im Folgenden mit dem Begriff der Klimagerechtigkeit, einer gerechtigkeitsorientierten Bezugstheorie der Sozialen Arbeit und klimapolitischen Kategorisierungsvorschlägen beschäftigen, um in diesem Dreieck ein Reflexionsnetz für Praktiker*innen zu spannen.

KLIMAGERECHTIGKEIT

Die Frage nach Gerechtigkeit im Kontext des Klimawandels stellt die Auswirkungen der Klimakrise auf Kollektive und das Subjekt in den Mittelpunkt (Liedholz 2023, S.189f). Diese Perspektive begründet sich in einer zentralen Begleitlogik des Phänomens:

Die „Bevölkerungsgruppen, die historisch am wenigsten zum aktuellen Klimawandel beigetragen haben, sind unverhältnismäßig stark betroffen.“ (IPCC 2023)

So haben Nordamerika und Europa seit 1850 bis heute beinahe dieselbe Menge an CO₂ ausgestoßen, wie die restliche Weltbevölkerung in diesem Zeitraum. Demgegenüber stehen insbesondere die Personen, die unter hohen Risiken der Folgen des Klimawandels in „West-, Zentral- und Ostafrika, Südasien, Zentral- und Südamerika, in kleinen Inselentwicklungsländern und in der Arktis“ leben. Neben dieser regionsbezogenen Ungleichheit ist mittlerweile auch ein eklatanter Anstieg der Bedeutung sozioökonomischer Faktoren bemerkbar. So lässt sich einer Studie von

OXFAM entnehmen, dass das reichste 1% der Weltbevölkerung (ca.77 Millionen) im Jahr 2019 denselben Emissionsausstoß produziert, wie die 5 Milliarden Menschen am unteren Ende der Einkommensskala (OXFAM 2023 S.9).

Auch in Österreich spiegelt sich dies wider, wenn etwa aus Auswertungen von 2019 erkennbar wird, dass die Lebensweise der Reichsten 10% eine höhere Belastung produziert als die der untersten 50% der Bevölkerung. (World Inequality Database)

Ich möchte hier bereits auf eine Positionierung der Sozialen Arbeit vorgehen, welche sich aus diesen Zahlen ableiten lässt, nämlich, dass die Profession qua dieser erkennbaren Ungleichheiten parteilich für die Personen eintreten sollte, welche keine zentrale Verursachungsposition einnehmen. Ohne dies anhand konkreter Statistiken bestätigen zu können, vertrete ich die Überzeugung, dass die Adressat*innen der Sozialen Arbeit zu einem Großteil dieser Personengruppe angehören. Zur Unterstreichung meiner These verweise ich auf den Text von Christine Salinger in diesem Magazin.

SOZIALE ARBEIT

Laut der Internationalen Föderation der Sozialen Arbeit (IFSW) sind es die Kernaufgaben der Profession, „sozialen Wandel und Entwicklung, sozialen Zusammenhalt

sowie die Stärkung und Befreiung von Menschen [zu fördern]“ und sich dabei an den Grundsätzen der „sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der kollektiven Verantwortung und der Achtung der Vielfalt“ zu orientieren (IFSW 2014). In Österreich blickt die Soziale Arbeit auf eine 100jährige Entwicklung zurück, in welcher sich die Funktion der „lebensweltlichen Unterstützung“ und die Orientierung an einem ganzheitlich ausgerichtetem „bio-psycho-sozialen Menschenbild“ etablierte (obds 2022, S.6)

Diesen Definitionen möchte ich in Anbetracht des thematischen Schwerpunkts dieses Artikels eine kurze Darstellung des Capability Approachs zur Seite stellen, um dem zentralen Wert der Gerechtigkeit die notwendige Kontur zu verleihen. Der Capability Approach zentriert die Möglichkeiten von Individuen, ihre gewünschten Lebensentwürfe umzusetzen. Gerechtigkeitsfragen werden nicht anhand abstrakter Idealzustände, sondern ausgehend von Menschen in ihrer Einbindung in gesellschaftliche und strukturelle Gegebenheiten bearbeitet (Sen 2010, S.44-48). Für Praktiker*innen der Sozialen Arbeit kann dieser personenzentrierte Ansatz ein gangbarer Zugang sein. Denn im Umgang mit Mängelsituationen ist die Orientierung an einer unerreichbaren Decke wenig zielführend. Vielmehr gilt es, ausgehend von konkreten Gegebenheiten zu identifizieren, welche Interventionen ein konkretes Mehr an Möglichkeiten für die Adressat*innen Sozialer Arbeit erzeugen. Gleichzeitig dient die Perspektive dazu, individuelle Benachteiligungsfaktoren zu erkennen, was uns besonders in der Bewertung der Entwicklungen im Kontext der Klimakrise hilfreich sein wird.

KLIMAPOLITISCHE LEITPRINZIPIEN

Um für zukünftige Auseinandersetzungen mit der Klimakrise eine Differenzierung und Einordnung von Entwicklungen und Maßnahmen zu ermöglichen und gleichzeitig notwendige Bewertungsperspektiven und Positionierungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit aufzeigen zu können, möchte ich ein paar Kategorien einbringen.

Zwei übergeordnete Leitlinien im Umgang mit Klimakrise sind die „Mitigation“ und die „Adaption“ (Liedholz 2021, S.84). Unter der Linie der „Mitigation“ werden Handlungen zur Vermeidung weiterer Emissionen subsumiert (ebd.). Hier kann eine Unterteilung in zwei gesellschaftspolitische Strategiemuster vorgenommen werden. Einerseits das Versprechen, den Klimawandel durch „**ökologische Modernisierung[en]**“ im Sinn von technologischen Innovationen zu stoppen und damit unsere, an Wachstum gekoppelte, Verhältnisse beizubehalten (Krüger 2016, S.225ff). Andererseits Forderungen nach kollektiven Verhaltensänderungen im Sinn einer „**sozial-ökologischen Transformation**“ der gesellschaftlichen Bedingungen, um fortschreitende Klimaschädigung durch emissionschonende Lebensweisen zu verhindern (Brand 2016, S.278ff).

Die Linie der „Adaption“ umfasst demgegenüber Maßnahmen, welche den Umgang mit manifestierten oder erwartbaren Klimaveränderungen und ihren Folgen zentrieren (Liedholz 2021, S.84). Hierunter fallen Anpassung an veränderte Umweltbedingungen wie eine Veränderung von landwirtschaftlicher Produktion, Stadtplanung und Wohnbau, aber auch die Entwicklung von Krisenbewältigungsstrategien oder Schutzangebote.

Hieran anschließend möchte ich nun zwei Begriffe aus der bereits zitierten Studie des BMSGPK entnehmen, da diese Betrachtungen auf der Microebene ermöglichen. Der erste ist die „Klima-Einwirkungen“. Dieser wird verwendet, um die „Folgen klimatischer Veränderungen“ für Individuen und Kollektive im Kontext einer Risikobeschreibung zu kategorisieren. Dem zur Seite gestellt wird mit „Maßnahmen-Auswirkungen“ ein Begriff, der die „Folgen klimapolitischer Maßnahmen“ kategorisiert (BMSGPK 2021, S.14) Entwicklungen und Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene können unter Bezug und in Verschränkung dieser Kategorisierungsvorschläge betrachtet werden. Ich möchte nun, ausgestattet mit den vorangehenden Ausführungen, zwei beispielhafte Bewertungen vornehmen. Dabei beziehe ich mich auf Beispiele der Studie des BMSGPK, um an dieser Stelle trotz der begrenzten Möglichkeiten dieses Textes Erkenntnisse mit einer entsprechenden Hintergrundanalyse darzustellen.

So wurden in Österreich diverse Förderstrukturen zur Adaption von Gebäuden eingeführt. Diese können als Mitigationvorhaben in der Strategierichtung der ökologischen Modernisierung verortet werden, da diese eine effizientere Nutzung von Energieressourcen forcieren. Auf einer individuellen Ebene lassen sich diese gleichzeitig als Adaptionvorhaben erkennen, da durch entsprechende Verbesserungen der Wohnsituation auch mögliche Risiken im Verständnis von Klima-Einwirkungen durch hohe Heizkosten oder Gesundheitsbelastungen reduziert werden. Allerdings kann diese Aufwertung Gentrifizierungsprozesse beschleunigen und damit Verdrängung von ärmeren Bevölkerungsgruppen hervorrufen. (BMSGPK 2021, S.29) Ein anderes Beispiel stellt die CO₂-Besteuerung dar. Diese kann in der Annahme, dass durch höhere Kosten ein Steuerungseffekt in Bezug auf Verhaltensweisen eintritt, etwa durch die Reduktion der Autonutzung, als Mitigationvorhaben im Sinn einer sozial-ökologischen Transformation verstanden werden. An dieser Stelle lässt sich eine Maßnahmen-Auswirkung dahingehend erkennen, dass entsprechende Preisanstiege armutsbetroffene Personen in Relation zum Gesamteinkommen stärker betreffen, weshalb hier eine Forderung nach entsprechenden Ausgleichsmechanismen im Sinn der sozialen Gerechtigkeit notwendig ist (BMSGPK 2021, S.87ff).

Diese Beispiele sind in der dargestellten Form keineswegs umfassend und ihrer realen Komplexität angemessen abgebildet, sollen hier aber die Notwendigkeit eines multiperspektivischen Zugangs verbildlichen. Die Soziale

Arbeit benötigt diesen, um sich einerseits zu politischen Entwicklungen zu positionieren und andererseits, um mögliche Folgen derselben einzuschätzen, um im besten Fall bereits präventiv Interventionen anbieten zu können oder sich zumindest auf entsprechende Entwicklungen vorzubereiten.

PRAXISTRANSFER:

Nun stellt sich die Frage, über welche Handlungsmöglichkeiten die Soziale Arbeit verfügt, um diese Ausführungen in ihr Professionsverständnis und Praxis zu übertragen. Hierzu möchte ich meinen Standpunkt mit den Worten von Liedholz darlegen: „Die Akteuer:innen der Sozialen Arbeit [...] Verfugen über vielfältige Handlungsspielräume, um den Klimawandel gegenwärtig und zukünftig zu begegnen. [...] sollte[n] sich in der Pflicht sehen, den Klimawandel und seine Bearbeitung deutlich stärker in ihre Theorie, Praxis und Politik zu integrieren“ (Liedholz 2021, S.83).

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DER SOZIALEN ARBEIT

Denn die Praktiker*innen der Sozialen Arbeit sind entgegen ihrer häufig subjektiv wahrgenommenen Subposition in politischen Auseinandersetzungen nicht nur in einer innerstaatlich tragenden und dahingehend keineswegs machtlosen Position, sondern haben darüber hinaus über institutionell organisierte Kontexte Zugang zu (inter)nationalen Netzwerken, die sie nutzen können.

Dies trifft jedenfalls über die Repräsentation durch die IFSW (International Federation of Social Workers) zu, welche als global agierende, **aktiv zur Beteiligung aufrufende Vertretungsorganisation** des Berufsstands eine Plattform zur internationalen Vernetzung und Diskursteilnahme bietet, um als organisiertes Miteinander für die Interessen unserer Adressat*innen einzutreten und auch um ihnen eine Stimme zu verleihen. Beispielsweise wurde im Jahr 2019 das IFSW-Programm für Klimagerechtigkeit installiert. Dieses stellt Grundlagendokumente über die Klimakrise zur Verfügung, informiert über Best Practice und bietet die Möglichkeit, entsprechende Projekte zu unterstützen. Gleichzeitig nehmen Vertreter*innen an internationalen Zusammenkünften teil, kontextualisieren Entschlüsse und kommentieren Berichte wie etwa den der IPCC aus dem Blickwinkel der Sozialen Arbeit. Dabei muss auch die Tätigkeit der Öffentlichkeitsarbeit benannt werden, welche aktuell im Rahmen des World Social Work Days zentral vom Thema der Nachhaltigkeit und der Klimakrise geprägt ist. Viele dieser Möglichkeiten lassen sich auch auf innerstaatliche Verhältnisse projizieren. So bietet der OBDS diese Plattform und ihre Potenziale auf nationaler Ebene. Die OGSA (Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit) fördert im Rahmen der *AG Klimagerechtigkeit und Soziale Arbeit* den thematischen Diskurs zwischen Studierenden, Lehrenden und Praktiker*innen.

FRÜHLINGS AKADEMIE 2024

22. - 26. April

Eine Woche rund ums Thema Sucht. 14 Workshops, drei Onlinevorträge und eine Filmvorführung „Falco - Verdammt wir leben noch!“ im Gartenbaukino mit Special Guest Manuel Rubey.




dialog-on.at

Auch die Institutionen der operativen Dienste verfügen über Möglichkeiten, um auf die Klimakrise und ihre Folgen zu reagieren. Diese agiert in der Umsetzung von strukturgetragenen Leistungen immer in und mit wohl-fahrtsstaatlichen Systemen und gestaltet Lösungen. Kurz: sie bringen Sozialpolitik in Anwendung.

Diese Rolle kann ein Hebel sein, der genutzt werden sollte. Denn die Institutionen tragen über Konzeptarbeit die Verantwortung, sozialpolitische Vorhaben in die konkrete Unterstützungsleistung zu übertragen und können durch diese Aufgabe neue Reaktionsmöglichkeiten aufzeigen und Akzente und Anregungen für weitere Entwicklungen setzen. Lassen Sie mich dies an einem Beispiel verdeutlichen:

Die Stadt Wien pilotierte 2023 im Rahmen ihres Hitzeaktionsplans zwei Kühlzonen als Schutz gegen Hitzewellen und replizierte damit ein Angebot, welches das Rote Kreuz bereits seit 2018 anbietet (DER STANDARD 09.07.2023). Unter dieser Betrachtungsweise eröffnet sich auch das Potenzial professionsinterner Netzwerke und Kooperationen, etwa mit den Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit. Denn diese verfügen über die wissenschaftlichen Werkzeuge und Ressourcen, um operative Dienste dabei zu unterstützen, Fehlstellen zu identifizieren und qualifizierte empirische Erkenntnisse über bisher nicht bearbeitete Bedarfe zu gewinnen, um darauf aufbauend innovative Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Nun sind diese Vorschläge abstrakt und die Aktionsräume scheinen ungewiss und begrenzt, wobei dies keine Ausrede für uns sein kann, denn „Handlungsspielräume können sich mit der Zeit vergrößern“ (Liedholz 2021, S.84). Und werden diese Versuche nicht unternommen, muss sich die Soziale Arbeit die Frage stellen, ob sie ihrer selbst definierten Zuständigkeit in der Gestaltung des sozialen Wandels gerecht wird, oder ob sich diese in einem bedeutungslosen Lippenbekenntnis verliert (vgl. Liedholz 2021, S.84).

Ich möchte nun abschließend verdeutlichen, dass die Klimakrise ein zunehmend relevanter Kontext in der Praxis der Sozialen Arbeit in all ihren Facetten sein wird. So werden bereits die physischen Auswirkungen der Klimakrise unsere Arbeit maßgeblich beeinflussen, etwa in der Abklärung der Sicherheit körperlich vulnerabler Menschen bei Umweltextremen, sei dies in Bezug auf den Schutz vor Hitzewellen, in der Beachtung von Mobilitätseinschränkungen bei Krisenplänen oder dergleichen. Dasselbe gilt für kritische Reflexion, ob die infrastrukturelle Ausstattung unserer stationären Angebote dies bieten kann. Der Kontext wird neue Unterstützungsformen benötigen, etwa bei juristischer Verfolgung nach aktivistischen Aktionen oder das Auffangen klimawandelbegründeter Zukunft-sängste. Wir werden gefordert sein, in den vielfältigen, auf uns zukommenden Änderungen am Arbeitsmarkt, in Ausbildungsmöglichkeiten, in sozialstaatlichen Arrangements und Förderstrukturen weiterhin den Überblick zu behalten und orientieren zu können.

In offeneren, mitunter pädagogisch geprägten Kontexten der Sozialen Arbeit werden wir weiterhin als Informations-dreh-scheibe gefragt sein. Dies betrifft zum einen die Kommunikation und den Austausch über spezifische klima-wandelinduzierte Problemlagen und Möglichkeiten, mit diesen umzugehen. Etwa in der Arbeit mit Communitys, welche aufgrund von Exklusionsprozessen möglicherweise wenig Einblick in aktuelle politisch Entwicklungen sowie zukünftig auch in notwendige Schutzkonzepte haben. Aber auch darin, Bedarfe zu hören und den Diskurs im Sinn der politischen Partizipation zu fördern. Ein besonderer Anspruch liegt allerdings in der Stärkung der Resilienz von Communitys, welche im Kontext der Klimakrise die Kompetenz von Menschen und Systemen beschreibt, Krisen durch Anpassung zu bewältigen (vgl. Höhler 2016, S.261).

Ich muss meine Ausführungen mit dem erneuten Hinweis schließen, dass es sich auch in diesem Abschnitt keineswegs um eine ganzheitliche Darstellung der vielfältigen Vernetzungen handelt. Dieser Anspruch kann aufgrund der Komplexität des Themas nicht in diesem Rahmen erfüllt werden. Denn so wie die Klimakrise ein Phänomen mit höchst diverser Ausprägung ist, trifft dies auf die Soziale Arbeit zu. Darin liegt die zentrale Stärke der Profession: Ihre Fähigkeit zur Flexibilität, zur Anpassung an neue Herausforderungen und ihre Perspektivenvielfalt, die durch die Praktiker*innen in das alltägliche Handeln getragen wird. Es ist unsere Aufgabe, mit dieser Kompetenz neue Handlungsräume zu erschließen und einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise zu leisten und ich hoffe, mit diesem Beitrag etwas Orientierung für diesen Weg bieten zu können.

Johannes Schett

ist ausgebildeter Sozialarbeiter, koordinierte Projekte mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt im Kontext der Jugendarbeit und ist aktuell in der Organisationsentwicklung für ein Sozialunternehmen in Wien tätig. Für den obds organisiert er derzeit das Online-Format "Impulse", welches eine Schwerpunktmäßige Austauschplattform für Praktiker*innen bietet.

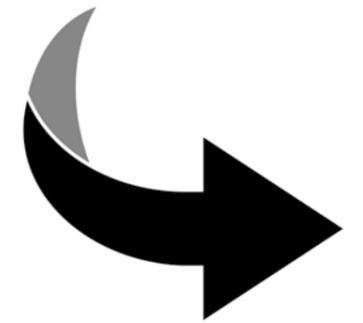
Der nächste Termin ist: 09.April 2024: Thema Review WSWD

Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:



MACH MIT.

WSWD2024



Gemeinsam setzen wir, die Berufsverbände der Sozialen Arbeit der Schweiz, Österreich und Deutschland, ein Zeichen zum diesjährigen World Social Work Day

So kannst Du mitmachen:

1. Nimm' das WSWD 2024-Plakat zur Hand oder drucke es über die Homepage www.wswd.at aus
2. Mach ein Foto / eine Collage / ein kurzes Statement, das dich, deine Kolleg*innen, deinen Arbeitsplatz,... und natürlich das Plakat zeigt
3. Poste das Foto in den sozialen Medien unter #WSWD2024 und verlinke @obds @dbsh und @avenirsocial
4. Lade das Bild über den Upload Button auf der Homepage www.wswd.at hoch! (Mit Einsendung eines Bildes gibst du dem obds das Einverständnis zur Verwendung des Bildes)

Weitere Infos findest du auf unseren Social Media Kanälen sowie auf der Homepage www.wswd.at und www.obds.at

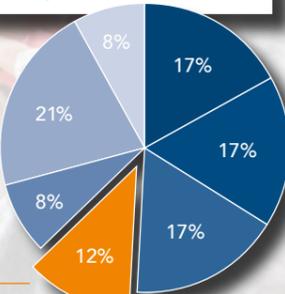



Soziale Arbeit, Sozialpolitik & -management

ABSCHLUSS	Master of Arts in Social Sciences M.A. MA
ZEITMODELL	4 Semester, Vollzeit - <i>berufsfreundliches</i> Zeitmodell Mittwoch Mittag bis Freitag Abend, fallweise Samstag
AUFBAU	1. – 3. Semester: Kernmodule 2. – 4. Semester: Wahlmodule 3. Semester: Internationales Semester* 4. Semester: Masterarbeit & -prüfung

- Soziale Arbeit
- Sozialpolitik
- Sozialmanagement
- Wahlmodul
1 von 3 Wahlmodulen aus den Bereichen Soziale Arbeit, Sozialpolitik oder Sozialmanagement wählbar

- Sozialforschung
- Masterarbeit & Masterseminar
- Praxisprojekt



BUEN VIVIR

Gemeinsam für nachhaltigen Wandel

**INTERNATIONALER TAG
DER SOZIALEN ARBEIT
19. MÄRZ 2024
#WSWD2024**



Mit der freundlichen
Unterstützung der



**#obds
www.wswd.at**



Anlässlich des World Social Work Day #WSWD2024
rufen wir im „Superwahljahr“ auf zur

KUNDGEBUNG 19.03.2024 ab 16.00 Uhr

Platz der Menschenrechte, 1060 Wien

**X WÄHLE
SOZIALE ARBEIT**

Wir Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, Auszubildende, Lehrende, Forschende, Arbeitnehmer*innenvertretungen und Dienstgeber*innen **stehen gemeinsam für**

- ✓ Soziale Teilhabe, Gerechtigkeit und Inklusion
- ✓ Starke Stimmen gegen gesellschaftliche Schief lagen
- ✓ Professionalisierung und bedarfsgerechte Qualifizierung
- ✓ Wahrung von Grund-, Freiheits- und sozialen Rechten
- ✓ Fachliche und ethische Standards
- ✓ Ein gelingendes Leben für Alle

Wir arbeiten professionell mit und für Menschen, um positive Veränderungen für die Herausforderungen des Lebens zu bewirken und die soziale Gesundheit zu fördern.

Dafür braucht es mehr Fachkräfte, nachhaltige Finanzierungen und bundesweit einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen.

Büchertipps

zum Schwerpunktthema



Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten, (Hg. Die Armutskonferenz)

Paperback, 220 Seiten, ISBN-13: 9783748183617
Verlag: Books on Demand, Erscheinungsdatum: 27.06.2023
Herausgegeben von: Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig, Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger, Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk
Empfohlener Verkaufspreis: 14,99€

Die Wetterprognose lautet heiß und stürmisch. Das Tief der sozialen Krise bedroht viele Menschen im Land. Das Hoch der Klimaerhitzung nagt an unseren globalen Lebensgrundlagen. Die Zeit (b)rennt. Armutsbetroffene sind vom Klimawandel weitaus stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen. Während Erstere weniger zur Klimakrise beitragen, bekommen sie die Auswirkungen der Umweltbelastungen wie die Verknappung der natürlichen Ressourcen, Luftverschmutzung, Hitze, Überschwemmungen oder Dürre deutlicher zu spüren. Klimaschutz kann nur dann erfolgreich sein und Akzeptanz finden, wenn er nicht sozial blind ist. Klimaschutz selbst muss Armut bekämpfen.

Die Autor*innen dieses Bandes behandeln große sozial-ökologische Problemfelder des Klimawandels, diskutieren Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation und thematisieren Lösungsansätze in den Bereichen Ernährung, Mobilität oder Wohnen.

Bestellen unter www.bod.de/buchshop, unter [office\(@\)armutskonferenz.at](mailto:office(@)armutskonferenz.at) (+ 4,00€ Versandkosten) oder in der Buchhandlung Ihres Vertrauens.



Klimasoziale Politik (Hg. Armutskonferenz, ATTAC, BEIGEWUM) Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten

bahoe books, 2022, 256 Seiten

Aus einer kritischen sozialwissenschaftlichen Perspektive beleuchten die AutorInnen dieses Sammelbandes, wie eine radikale Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eine klimasoziale Politik aussehen kann. Von den menschlichen Grundbedürfnissen nach Gesundheit und einer schönen Wohnung, nach Mobilität und einem guten Einkommen ausgehend, werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft aufzubauen. Wie wir zu so einer Gesellschaft kommen, wird in den nächsten Jahren ein sehr umstrittenes und drängendes Thema werden.

Dieses Buch vereint Beiträge, die Wege aus der ökologischen und sozialen Sackgasse aufzeigen, es definiert die grundsätzlichen Begriffe, bildet verschiedene Zugänge ab und beschreibt nüchtern und ohne Alarmismus die jetzt notwendigen politischen Schritte.



Impressum: Österreichischer
Berufsverband der Sozialen
Arbeit ZVR 275736079



Zusammen für mehr Klimagerechtigkeit

Soziale Arbeit und Klimabewegungen im Gespräch

Anja Kerle ist Sozialarbeitende, Angela Stellmacher engagiert sich bei der Letzten Generation in Deutschland und Christian Alther bei Extinction Rebellion in Vorarlberg. Gemeinsam sprechen sie über Möglichkeiten der Sozialen Arbeit, sich gemeinsam mit sozialen Bewegungen für mehr Klimagerechtigkeit zu engagieren.

Anja Kerle, Christian Alther, Angela Stellmacher

Anja: Wie schön, dass wir drei uns heute darüber unterhalten, inwiefern Klimagerechtigkeit ein gemeinsames Anliegen Sozialer Arbeit und Klimabewegungen darstellen kann. Zu Beginn möchte ich euch kurz erklären, warum aus meiner Perspektive das Thema Klimagerechtigkeit auch für die Soziale Arbeit ein ganz Wesentliches ist – obgleich in Österreich die Diskurse erst am Entstehen sind. Durch die Klimakrise nehmen soziale Ungleichheiten zu, einerseits im globalen Süden, aber auch in Österreich. Die Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession, sie orientiert sich stark an den Menschenrechten und im Zuge der Klimakrise werden diese ganz wesentlich beeinträchtigt. Beispielsweise wird das Recht auf Nahrung durch die Lebensmittelknappheiten in Zuge von Dürren im Globalen Süden bedroht, das Recht auf Wohnen durch Überschwemmungen in Zuge von Starkregen verletz, das Recht auf Gesundheit durch Trauma in Folge von Naturkatastrophen (z.B. Waldbrände) beschränkt. Für die Soziale Arbeit ist es eine zentrale Aufgabe, die Adressat*innen bei der Bewältigung der Folgen bzw. den Auswirkungen der Klimakrise zu begleiten, beispielsweise alten oder wohnungslosen Menschen während der Hitzewellen im Sommer Unterstützung und Schutz anzubieten. Was ich darüber hinaus als essenziell sehe, ist, dass die Soziale Arbeit auch zum Ziel haben sollte, das Voranschreiten der

Klimakrise zu bremsen und sich für Klimaschutz einzusetzen, beispielsweise, indem gefordert wird, dass das 1.5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens eingehalten wird. Welche konkreten Berührungspunkte ergeben sich denn, aus eurer Perspektive, zwischen Sozialer Arbeit und Klimabewegungen?

Chris: Was mir immer wieder auffällt, also nicht nur mir, ist, dass viele Klimabewegungen ein bisschen elitär sind und auch eine gewisse Niederschwelligkeit nicht hinkriegen, um Leute einzuladen, die zum Beispiel armutsgefährdet sind oder in Armut leben, was auf jeden Fall zum einen damit zu tun hat, dass es einfach ein Privileg ist, dass man* sich Protest leisten können muss und dass viele Leute, die zwei Jobs haben und für ihre Familie sorgen müssen, es sich schlichtweg nicht leisten können. Das liegt auf jeden Fall auch an unserer Sprache, die wir sprechen und da glaube ich, könnten Sozialarbeitende eine gewisse Brücke darstellen und Aufklärungs- oder Verbindungsarbeit leisten und wenn man* sich so gesellschaftliche Bewegungen ansieht, dann sind die ja oft auch im Wesentlichen durch alle Gesellschaftsschichten vorangegangen und das ist etwas, das der Klimabewegung fehlt. Also dass die Basis der Gesellschaft daran teilnimmt und es eine Bottom-up Bewegung ist.

Angela: Zum Beispiel Fridays for Future macht viel mit Verdi und versucht, dadurch die Arbeiter*innen mitzunehmen – ich glaube, dass es für viele nicht ganz klar ist, warum das alles notwendig ist. Warum plötzlich die Verdi-Streikenden beim Klimastreik dabei sind. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass ein gesamtgesellschaftliches Umdenken stattfindet, wie das alles zusammenhängt. Dass die Klimabewegung sehr elitär und akademisch ist, an dem Punkt, Chris, würde ich dir tatsächlich widersprechen, Chris. Ich komme aus einer gewissen Armutserfahrung, stelle mich aber nicht so vor: „Ach übrigens, in meiner Kindheit, wir haben da bei der Tafel unsere Lebensmittel geholt“. Das ist nicht, wie ich in den Raum komme. Nur, weil einige von uns studieren, heißt das nicht, dass wir alle aus einem akademischen Background kommen. Aber es ist dennoch wichtig, dass wir uns Zeit nehmen, das alles aufzuarbeiten und darauf hinzuweisen, dass es nicht nur eine Klimabewegung gibt, die für sich einen Auftrag hat, sondern die gemeinsam mit einer gesellschaftlichen Masse einhergeht. Es muss allen Menschen bewusstwerden, dass wenn wir jetzt nichts machen, der Planet nicht mehr bewohnbar ist für uns und dass wir dann aussterben.

Anja: Da kann auf jedem Fall die (Sozialarbeits-)Wissenschaft einen Beitrag leisten, denn im breiten gesellschaftlichen Diskurs sind die zukünftigen Folgen der Klimakrise für die Menschen in Österreich und Deutschland noch nicht angekommen. Es braucht noch mehr Forschung, die nachzeichnet, was die Klimakrise für bestimmte Adressat*innengruppen gegenwärtig wie zukünftig bedeutet, damit das gesellschaftliche Bewusstsein und das Bewusstsein der Sozialen Arbeit dafür steigt. Gleichzeitig will ich nicht pauschal unterstellen, dass es armutsgefährdeten Menschen an einem Bewusstsein für die Klimakrise fehlen würde. Es gibt verschiedene strukturelle Faktoren, die es erschweren, dass sich bestimmte Personengruppen politisch engagieren, das hattest du, Chris, ja auch schon gesagt. Die Selbstvereinigung wohnungsloser Menschen in Deutschland hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass es bei der Höhe des Sozialleistungssatzes nicht möglich ist, beispielsweise zu Treffen zu fahren oder sich eine Raummiete leisten zu können. Unter solchen Bedingungen ist eine politische (Selbst-)Organisation schwer möglich. So ist es für manche Menschen schwieriger, sich aktivistisch zu zeigen. Eine noch größere Solidarisierung und ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für mehr Klimagerechtigkeit wäre ein wichtiger Schritt, der noch gegangen werden muss.

Chris: Als Soziale Bewegung hatten wir in letzter Zeit auch einige Herausforderungen, uns zu organisieren. Soziale Einrichtungen, die uns bis dahin Räume zur Verfügung gestellt haben, haben diese Angebote wieder zurückgezogen, weil öffentliche Geldgeber*innen sie dafür kritisiert hatten. Hier wird von bestimmten politischen Kräften gegen die Organisation von Menschen und letztlich auch gegen die Demokratie gearbeitet.

Angela: Anja, wenn du sagst, wir müssten das wissenschaftlich mehr aufzeigen, dann finde ich es extrem wichtig, wieder ins „Doing“ zu kommen. Und nicht, dass ausschließlich wissenschaftliche Artikel geschrieben werden – das wird es über die Klimakrise seit Jahrzehnten. Wir sehen beispielsweise bei Scientist Rebellion, dass Wissenschaftler*innen in den zivilen Ungehorsam gehen, um mehr, um lauter, auf wissenschaftliche Erkenntnisse aufmerksam zu machen. Es ist wichtig, dass wir auf der einen Seite diese wissenschaftliche Fundierung haben und auf der anderen Seite nicht sagen „Wir wissen das und die Regierung wird das schon machen“. Wir sehen, die machen das nicht.

Chris: Wenn wir als Klimabewegung über das Thema Soziale Arbeit reden, dann haben wir jetzt über die Leute gesprochen, mit denen Sozialarbeitende arbeiten. Es ist fatal, wenn wir denken, Kinder und Jugendliche „educate“ reicht aus. Es sind beispielsweise nicht die Kinder, die die Klimakrise jetzt fixen müssen. Es sind auch nicht die finanziell schwächsten, die das fixen müssen, nur weil sie am stärksten betroffen sind. Diese Personen mitzunehmen ist auf jeden Fall ganz wichtig. Es gäbe auch eine unglaubliche Kraft, wenn die Menschen, mit denen die Sozialarbeitenden nicht zusammenarbeiten, mehr machen würden – also denen es halbwegs gut geht. Und dann sind ja auch die Sozialarbeitenden selbst, die meist ein gesichertes bzw. vernünftiges Einkommen haben und die das Privileg hätten, uns zu unterstützen, mit Wissen zum Beispiel. Gerade solche Leute sind zum Beispiel in der Integration von neuen Menschen in die Bewegung extrem wertvoll. Und dann geht es auch um die Strukturen, auf die Sozialarbeitende zurückgreifen können. Also zum Beispiel eine Jugendarbeitseinrichtung, die uns so krass unterstützt. Oft haben diese Einrichtungen, zum Beispiel in der Jugendarbeit, eine Küche, um für uns bei Aktionen das Kochen zu ermöglichen oder super Räume, die sie abends zur Verfügung stellen können, für Vorträge beispielsweise, aber auch indem sie ihre eigene Reichweite nutzen. Ich glaub, da ist es ganz wichtig zu investieren und etwas zu tun und diese Institutionen der Sozialen Arbeit anzusprechen, sich hinter uns zu stellen.

Anja: Bei dem Ziel, das Bewusstsein für Klimagerechtigkeit bei Jugendlichen zu wecken und junge Menschen zu motivieren, sich politisch zu engagieren, frage ich mich, ob die Klimabewegung wirklich die einzige Adresse ist, die einen Zugang zu marginalisierten Jugendlichen schaffen muss oder ob dies nicht vielmehr der Auftrag von professionellen Sozialarbeiter*innen ist, die dafür ausgebildet wurden und bereits eine Vertrauensbasis mit Jugendlichen haben. Daher würde ich sagen, diese Brücke zwischen sozialen Bewegungen und den Adressierten herzustellen, ist eher der Job der Sozialen Arbeit, die das professionelle Know-How hinsichtlich zielgruppenspezifischer Methoden hat. Es gibt beispielsweise in den Methoden der Sozialen Arbeit, insbesondere der Gemeinwesenarbeit, Vorgehens-

weisen wie Door-Knocking oder Community Organizing, die sehr aktivistisch geprägt sind und welche die Soziale Arbeit noch stärker umsetzen könnten, wenn es um das Thema Klimagerechtigkeit geht.

Chris: Es ist so, dass immer wieder auf uns aufmerksam gemacht wird und gesagt wird „versucht es doch mal mit Vorträgen“ und ich glaube, dass solche Vorträge auch eine gute Wirkung haben können, wenn sie an einem Ort sind, wo die Menschen nicht dafür mobilisiert werden müssen, sondern zum Beispiel in Firmen, in Unternehmen, wo wir eingeladen werden und wir hingehen können und erzählen können. Wir haben das Problem, dass wir an diese Orte teilweise nicht rankommen, weil wir das Image haben „das sind halt die Klimaaktivist*innen“. Wenn in der offenen Jugendarbeit mit Jugendlichen ein Projekt ausgearbeitet und über die Jugendarbeit die Thematik der Klimakrise an solche Orte kommen würden und die jungen Menschen den Unternehmen oder einer Gewerkschaft erzählen könnten „hey, wir sind da so krass bedroht“ und dann wissenschaftliche Fakten und Folgen präsentieren, dann würden Forderungen zur Klimagerechtigkeit noch breiter artikuliert werden. Also die, die Aktivismus machen können wie wir, die sollten Disruption machen und Strafen dafür bekommen, aber jene, die dies aus finanziellen Gründen nicht können, oder weil sie in der Schule sind, die könnten jene Vorträge machen, von denen uns immer gesagt wird, wir sollten sie halten. Und ich glaube, da gäbe es schon Ideen für Programme und Projekte, die echt viel auch greifbar machen.

Anja: Das wäre eine Bottom-up-Bewegung. Es könnte zum Empowerment von Jugendlichen führen, wenn Sozialarbeiter*innen ihnen sagen, sie können ihre Stimmen im politischen Diskurs einbringen oder ihre Forderungen an eine bestimmte Firma herantragen, die sich dazu positionieren muss. Das ist für junge Menschen wichtig, im Sinne der demokratischen Meinungsäußerung zu erfahren, dass Perspektiven artikulierbar sind und Gehör finden. Denn aktuell ist es leider häufig eher so, dass die Wünsche von jungen Menschen bei politischen Entscheidungen und in gesellschaftlichen Diskursen weniger berücksichtigt werden.

Angela: Der Job der Sozialen Arbeit ist auf der einen Seite, die Ressourcen, welche die Soziale Arbeit hat, beispielsweise Räume, zur Verfügung zu stellen, aber darüber hinaus diese Brücke zu verschiedenen Menschen zu schlagen. Insgesamt muss die Soziale Arbeit mehr machen. Sozialarbeiter*innen können nicht einfach sagen „hey, wir haben euch die Küche angeboten, das war’s jetzt“. Die Zeit ist vorbei, wir müssen jetzt alle zusammen mehr machen – was nicht bedeutet, dass wir alle für immer und ewig ins Gefängnis gehen müssen. Es gibt viele Möglichkeiten, ohne Strafen mehr zu machen, und genau da ist die Soziale Ar-

beit gefragt, da wird sie gebraucht. Es kann beispielsweise nicht sein, dass in Vorarlberg immer noch 100 Menschen vor dem Landhaus für einen Sitzstreik gegen die Tunnelspinne¹ sitzen, wir brauchen mehr Menschen, um breiter zu werden.

Anja: Du meinst, Sozialarbeiter*innen sollten sich auch aktiv am zivilen Ungehorsam beteiligen und zum Beispiel bei Sitzblockaden mitmachen, wenn es lokale Projekte oder lokale Aktionen gibt?

Angela: Absolut. Wenn Sozialarbeiter*innen bei Sitzblockaden dabei sind, und beispielsweise bei Aufforderung aufstehen, dann bleibt dies straffrei und es ist trotzdem ein großes Vorbildempfinden für Andere. Jugendliche, oder generell Menschen, die mit Sozialarbeiter*innen in Berührung kommen, sehen „okay, hey, die sind bereit, sich auf die Straße zu setzen, die sind bereit, vielleicht auch nicht wegzugehen“. Das hat eine riesige Strahlkraft. Und für mich ist das ein Akt, sich auch für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen – du hattest ja vorhin erzählt, dass die Soziale Arbeit ganz nah an den Menschenrechten ist.

Anja: Es gibt einen Text von Tino Pfaff und eine Publikation von Nikita Prasad, die diskutieren, ob ziviler Ungehorsam auch für die Soziale Arbeit ein Element sein kann, um strukturelle Veränderungen zu bewirken. Das finde ich sehr interessant, da es darum geht, sich sozusagen mit Aktivist*innen in die erste Reihe zu setzen und sich mit Bewegungen zu solidarisieren und deren Forderungen mitzutragen. Und dann gibt es noch einen weiteren aktivistischen Ansatz, nämlich des Community Organizings, von Saul Alinsky, der auch die (gemeinwesenorientierte) Soziale Arbeit inspiriert hat. Da geht es darum, dass die Sozialarbeiter*innen vordergründig nicht in Erscheinung treten, sondern im Hintergrund die Menschen bzw. die Community mobilisieren, gemeinsam mit ihnen erarbeiten, welche Probleme sie derzeit haben und sich Strategien zu überlegen, wie die Community auf (kommunal-)politischer Ebene diese Probleme lösen kann. Dies umfasst beispielsweise auch die Ansprache von Politiker*innen, und Demonstrationen und Sit-ins zu organisieren. In diesem Ansatz ist die Idee, dass die Soziale Arbeit sich bei den Aktionen eher im Hintergrund hält, damit deutlich wird, dass es die Interessen der Bürger*innen sind, die verfolgt werden und nicht „nur“ die Interessen des Sozis, der alle zusammentrommelt. Diese beiden Perspektiven finde ich wichtig, weil sie deutlich machen, was alles möglich wäre. Und darüber hinaus können Sozialarbeiter*innen und Sozialarbeitswissenschaftler*innen auch Leser*innenbriefe schreiben oder selbst – beispielsweise in Form von Arbeitsgruppen bei Fachgesellschaften – Forderungen an die Politik adressieren, oder eben Infrastruktur zur Verfügung stellen.

¹ Die Tunnelspinne in Feldkirch ist ein verkehrspolitisch umstrittenes, groß angelegtes Tunnelprojekt in Feldkirch, Vorarlberg, gegen dessen Bau sich Klimabewegungen und zivilgesellschaftliche Bündnisse teilweise schon seit Jahrzehnten engagieren.

Chris: Wie ist es denn, wenn eine sozialarbeitende Person dann den Leuten sagt „Hey, die Klimakrise ist ein Riesensproblem, komm mit uns zum Protest“ – ist dies im Rahmen deiner Tätigkeit erlaubt? Und wie wäre es demgegenüber, wenn Sozialarbeitende für konservative oder nicht progressive Anliegen Menschen für Proteste mobilisieren würden?

Anja: Du meinst, ob es innerhalb meiner Profession bestimmte Werte und Normen gibt, die legitimieren, sich für bestimmte Themen auch politisch zu engagieren und für andere nicht?

Chris: Ja

Anja: Hier ist es sehr wichtig zu differenzieren. Es gibt verschiedene politische Denkrichtungen und es gibt Proteste, die sehr problematische Menschenbilder versuchen zu reproduzieren oder nicht auf soziale Gerechtigkeit abzielen. Die Soziale Arbeit hat einen Ethikkodex und eine internationale Definition und in dieser ist festgeschrieben, dass wir uns auf die Menschenrechte beziehen, zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit beitragen und gesellschaftliche Entwicklungen begleiten. Das sind Themen, die ganz unmittelbar mit der Klimakrise und Klimagerechtigkeit zu tun haben. Eigentlich ist dies, aus meiner Perspektive, sehr deutlich, dass wenn Menschenrechte verletzt werden, wenn soziale Ungleichheiten sich vergrößern, dass soziale Probleme entstehen und Menschen in ihrer Autonomie und in ihrem Wohlbefinden eingeschränkt werden, dass dann ein Handlungsauftrag für die Soziale Arbeit besteht. Die Soziale Arbeit hat hierzu ein sogenanntes drittes Mandat, das besagt, dass wir nicht nur dem uns finanzierenden Sozialstaat, und nicht ausschließlich den Interessen der Adressat*innen, sondern auch unseren professionellen Werten und Normen verpflichtet sind. Aus diesem Mandat lässt sich klar ableiten, dass die Soziale Arbeit in Zeiten der Klimakrise ins Handeln kommen muss, und zwar auch ins politische Handeln. Also wir dürfen, müssen und sollten uns eigentlich auch politisch als Sozialarbeiter*innen engagieren. Hier können soziale Bewegungen eine große Inspiration sein, da es ihnen – mit Blick auf die Geschichte beispielsweise feministischer Bewegungen – darum ging, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern und nicht nur am Einzelfall Verhaltensveränderungen zu erwirken.

Natürlich müssen solche professionstheoretische Perspektiven, warum und inwiefern die Soziale Arbeit hinsichtlich der Klimakrise ein Mandat hat und welches, noch weiter ausdifferenziert werden und es bedarf auch noch eines Diskurses darüber, was die Soziale Arbeit in diesem Kontext überhaupt „darf“, weil wir in unserer Profession leicht in eine diffuse Allzuständigkeit kippen. Wir Sozial(arbeits-)wissenschaftler*innen könnten nun jahrelang Texte darüber schreiben und sicherlich braucht es noch einige wichtige Positionierungen, die genau das herausarbeiten und klarstellen, aber dennoch bin ich ganz bei dir Anja, dass es auch darum geht, ins doing zu kommen.

Angela: Für mich ist noch einmal wichtig zu sagen, dass wir noch zwei Jahre haben, bis das Klima unveränderbar zerstört ist. Wir haben noch zwei Jahre und müssen uns selbst an die Nase fassen und schauen, was uns möglich ist. Es reicht eben nicht mehr, nur die Küche für eine Aktion bereit zu stellen. Was ist zusätzlich zur Küche bereitstellen, zu Räume anbieten, zum Brücken-Schlagen, zum Vorträge mit Jugendlichen machen, zum Menschen mobilisieren noch möglich? Das ist auch Aufgabe der Sozialen Arbeit und wir müssen alle unser Möglichstes tun. Und realisieren, dass Menschen unterschiedlich von der Klimakrise betroffen sind, aber es auch hier wieder die Armutserfahrenen verstärkt trifft. Ich denke da an meine alleinerziehende Mama, mit zwei Jobs und dennoch kaum genug Geld zum Leben. Sie ist am wenigsten für die aktuelle Situation verantwortlich und am stärksten davon betroffen.

Chris: Aber es muss ja nicht so bleiben, und deswegen brauchen wir ein gemeinsames und breites zivilgesellschaftliches Engagement für Klimagerechtigkeit, dem sich auch die Soziale Arbeit anschließt.

Anja Kerle

ist Sozialarbeitende und Lecturer an der FH Vorarlberg und Sprechende der AG Klimagerechtigkeit & Soziale Arbeit bei der Österreichischen Gesellschaft f. Soziale Arbeit



Angela Stellmacher

ist Aktivistin bei der Letzten Generation in Deutschland



Christian Alther

ist Aktivist bei Extinction Rebellion Vorarlberg.



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:



Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar

Christine Sallinger

Christine Sallinger hielt im Forum „Heiße Kartoffel klimaverträglicher Konsum. Wie leistbar ist es, klimaverträglich zu konsumieren? Und warum polarisiert das Thema Fleisch?“ einen Input aus der Sicht armutsbetroffener Personen. In diesem Kommentar schreibt sie über die Einschränkungen im Konsum, die armutsbetroffene Menschen in Kauf nehmen müssen.

Ist der Warenkorb (Statistik Austria 2023) eine Einkaufstasche, mit der wir in den Supermarkt gehen? Im Prinzip ja. Bist du ein einkommensarmer Mensch, ist in deinem Korb aber an der Kassa nichts drinnen. Denn nach Abzug von personenbezogenen Steuern, Sozialversicherung und Pensionsbeitrag bleibt oft nicht viel mehr Netto vom Brutto, als man für Miete, Betriebskosten, Heizung, Strom, Gas und Verbrauchssteuern aufwenden muss. Ach ja, da hätte ich beinahe auf's Essen vergessen.

Damit wäre das Kapitel „Klimaverträglicher Konsum“ abgeschlossen, denn zur „Inanspruchnahme von Gütern und

Dienstleistungen zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung durch private Haushalte“ – laut Duden (2016) die Definition des Begriffs Konsum – ist nichts mehr übrig. So einfach wollen wir es uns aber natürlich nicht machen. Stattdessen versuchen wir effizienter zu wirtschaften, zu sparen, uns einzuschränken, zu verzichten.

ABSTRICHE BEIM WOHNEN

Zuerst sparen wir beim Wohnen: Wir ziehen an den Stadtrand, wo Wohnungen billiger sind, Arbeitswege weiter und Infrastruktur Mangelware. Wir wollen mit weniger Quadratmetern auskommen, auch wenn die Kinder kein eigenes Zimmer haben. Geht es um den niedrigsten Preis, müssen wir Abstriche bei Qualität und Ausstattung machen, zum Beispiel bei thermischer Sanierung oder beim Heizungssystem, das wir ohnehin nur bei Minusgraden in Betrieb nehmen – dann lieber drei Pullover anziehen. Unser erster Pluspunkt auf dem Weg zur Minimierung unseres ökologischen Fußabdrucks. Den nächsten holen

wir uns auch gleich: Von Kühlung haben unsere Vermieter*innen noch nie etwas gehört, nasse Leintücher aufhängen sollte genügen. Dass das der Gesundheit nicht immer zuträglich ist, fällt unter „quantité négligeable“ – unbedeutend.

EINSCHRÄNKUNGEN BEI ESSEN

Lebensmittel und einige Hygieneprodukte kaufen wir im Sozialmarkt. Dort bekommt man Waren, die von den Supermärkten entsorgt werden, weil sie nicht mehr frisch sind oder nicht mehr makellos. Das ist billiger und besser für unsere Klimabilanz. In den öffentlich aufgestellten Biotonnen gibt es auch noch genießbares Obst und Gemüse. Schade, dass wir von der Oma kein Gartenhäuschen geerbt haben. Dort könnten wir Erdäpfel anbauen und Apfelbäumchen pflanzen, bevor die Welt untergeht, das hätte wieder einen Punkt gebracht.

ÖFFENTLICH UNTERWEGS

Selbstverständlich sind wir nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, in der Stadt sind wir damit jedenfalls am sparsamsten. Für den ländlichen Raum trifft das nicht immer zu und kostet oft sehr viel Zeit, Lebenszeit, Familienzeit, Erholungszeit ... – bringt aber einen Klimapluspunkt.

BESCHRÄNKUNGEN IN DER KOMMUNIKATION

Als Informationsquelle dient uns die Gratiszeitung bei der Busstation; der sogenannte Qualitätsjournalismus bleibt zahlenden Bürger*innen vorbehalten. Kommunikation und der Zugang zum weltweiten Netz sind leider teuer, die notwendigen Geräte ebenso. Dass inzwischen viele Terminvereinbarungen und Behördenwege nur mehr über digitale Portale möglich sind, von Homeschooling und Homeoffice in Zeiten der Pandemie gar nicht zu reden, verlangt allerdings nach einer Lösung. Da bietet sich ein Mobiltelefon an, am besten refurbished. Bedenken bezüglich Benutzerfreundlichkeit, Wartung und Sicherheitsstandards von Second-Hand-Geräten beruhigen wir mit einem weiteren Pluspunkt. War da nicht noch was mit Seltenen Erden, Kinderarbeit und Bürgerkriegsfinanzierung in weit entfernten Ländern? Aber das Handy ist für uns inzwischen so wichtig wie für ein Ungeborenes die Nabelschnur. Ohne Handy verlieren wir den letzten Rest an gesellschaftlicher Teilhabe, nachdem wir ohnehin auf Annahme bzw. Aussprechen von Einladungen oder auf Kaffeehausbesuche mit Freund*innen verzichten.

KULTUR IST NAHRUNG

Ohne Kulturpass wäre es bei uns auch schlecht um Theater-, Museum- und Konzertbesuche bestellt. Wir gehen dort zwar alleine hin, aber dafür versorgen wir unsere Seelen mit Nahrung. Manchmal ist das genauso wichtig wie ein Stück Brot.

BEKLEIDUNG – KEIN GROSSES THEMA

Bekleidung ist kein großes Thema. Second-Hand-Läden gibt es in allen Preislagen und wie Sand am Meer. Zur Not bieten verschiedene Hilfsorganisationen auch Gratiskleiderausgaben an. Ordentlich angezogen zu sein kostet wenig. Wenig Aufwand – volle Punkte. Schwierig wird es bei Unterwäsche, ganz schwierig bei Schuhen. Da kann schon einmal Verzweiflung aufkommen, wenn Not am Mann / an der Frau / am Kind ist, aber gute und wirklich passende Schuhe nicht auffindbar oder leistbar sind.

SPAREN BEI HAUSRAT UND INSTANDSETZUNG

Unser nächster Ausgabenposten ist dafür äußerst umfangreich und komplex: Hausrat und Instandhaltung. Möbel werden im Internet oft gratis angeboten. Bloß die Selbstabholung muss organisiert werden, das ist die größte Herausforderung für Menschen ohne Auto. Haushaltsgroßgeräte finden wir auf Internet-Tauschbörsen zu günstigen Preisen, mit etwas Glück sogar kostenlos. Dasselbe gilt für Ausstattungen aller Art, inklusive Spielzeug. Voraussetzung dafür ist ein Internetzugang und ein PC bzw. Handy, davon war schon an anderer Stelle die Rede. Instandhaltung, aber auch andere Dienstleistungen bieten ein weites Feld an Einsparungsmöglichkeiten. Von Nachbarschaftshilfe bis Eigenleistung. Es gibt fast nichts, das nicht repariert werden kann, und nur wenige Probleme, die wir mit passendem Werkzeug und guter Information nicht selbst lösen können. Einzig ein Mangel an Körperkraft ist schwer zu kompensieren. Aber Not hat schon vor tausenden Jahren erfinderisch gemacht, daran ändern auch moderne Begriffe wie Kreislaufwirtschaft nichts. Sozusagen Klimaschutz at it's best.

BILDUNG, SPORT UND URLAUB BLEIBEN WUNSCHTRÄUME

Ausgaben für Erziehung, Unterricht (Stichwort Schulschikurs, Sprachwoche ...) und Bildung, die das Angebot der öffentlichen Hand ergänzen, bleiben Wunschträume. Ähnliches gilt für Gesundheitspflege, Kinderbetreuung und Altenpflege. Erholung, Sport, Freizeit, Urlaub, insbesondere Flugreisen auf die Malediven, müssen wir leider streichen. Das Klimaticket können wir uns auch nicht leisten, dafür bleibt trotz aller Umsicht, Sparsamkeit und Kreativität nichts mehr übrig. Aber wir haben sehr viele Klimapunkte gesammelt und unseren ökologischen Fußabdruck inzwischen auf die Kindergröße 21 reduziert.

DATEN ZUM KONSUMVERHALTEN

Damit sind, wie Sie wahrscheinlich längst erkannt haben, die einzelnen Gruppen des Warenkorbes der Statistik Austria abgehandelt – eines Warenkorbes, dessen Güter und Dienstleistungen armutsbetroffene Menschen zu einem Großteil nicht in Anspruch nehmen, der aber als Basis zur Berechnung der Inflationsrate heran-

gezogen wird. Wie 2022 in einer Studie erhoben wurde (Fink et al. 2022: 3ff), sind in ärmeren Haushalten die Konsumausgaben im Durchschnitt höher als die verfügbaren Einkommen. In den 10 Prozent der österreichischen Haushalte mit den niedrigsten verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen (1. Dezil) reichte das verfügbare Haushaltseinkommen nur zur Finanzierung von Prozent der Konsumausgaben aus. Den Rest müssen diese Haushalte über Ersparnisse oder über Verschuldung finanzieren. Die wohlhabendsten 10 Prozent der österreichischen Haushalte wenden 60 Prozent des Einkommens für Konsumausgaben auf, die restlichen 40 Prozent können gespart oder gewinnbringend angelegt werden. EU-SILC, das sind die „Statistics on Income and Living Conditions“, erhebt seit 2003 ebenfalls regelmäßige Daten (z.B. EU-SILC 2023). Dabei wird es als „sehr wichtig erachtet, dass objektive und subjektive Lebensumstände gemeinsam betrachtet werden“. Schließlich seien diese doch untrennbar miteinander verbunden, so die Statistik Austria gegenüber dem ORF (ORF 2023). Eine der von der EU für Österreich ausgewählten Fragen lautet: „Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen glücklich? Wie oft einsam?“ Die Antworten zeigen, dass armutsbetroffene Menschen öfter unglücklich und einsam sind als Personen mit höherem Lebensstan-

dard (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz 2023: 33).

Dafür sind Armutsbetroffene Klimaschutzweltmeister*innen mit gutem Gewissen.

Christine Sallinger

ist Mitglied der Plattform Sichtbar Werden der Armutskonferenz.

Dieser Beitrag entstammt dem Buch "Es brennt", das die Armutskonferenz im Jahr 2023 herausgegeben hat. Der Reprint erfolgt Dank der freundlichen Genehmigung der Armutskonferenz. Mehr zu dem Buch findet sich in den Büchertipps oder auf der Seite der Armutskonferenz, die Sie über den oben stehenden QR-Code erreichen.



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:

Mit Recht gegen Diskriminierung

Besserer Diskriminierungsschutz für Eltern und pflegende Angehörige

Paul Haller

Care-Arbeit hält unsere Gesellschaft am Laufen. Und trotzdem erfahren Menschen, die private Sorgearbeit übernehmen – oftmals Frauen – Diskriminierung in der Arbeitswelt. Zum Beispiel, wenn sie flexible Arbeitszeiten oder Karenzen in Anspruch nehmen und dadurch Nachteile in ihrem Job, in der Karriere oder bei einem beruflichen Wiedereinstieg erfahren. Seit kurzem sind pflegende Angehörige und Personen mit Kinderbetreuungspflichten nun aber besser vor Diskriminierung in der Arbeitswelt geschützt. Denn seit 1. November 2023 gibt es neue Schutzgründe im Gleichbehandlungsgesetz. Was bedeuten diese Änderungen für Diskriminierungsbetroffene?

Das Gleichbehandlungsgesetz zielt auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und den Abbau von Geschlechterdiskriminierung ab. Teil eins beschäftigt sich mit der Arbeitswelt. Hier bestimmt das Gesetz nun als zusätzliches Ziel die „Ermöglichung von Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben von Eltern, Adoptiv- und Pflegeeltern sowie von pflegenden Angehörigen“, wie es im Wortlaut heißt. Allein von letzteren gibt es in Österreich rund 947.000 laut einer Schätzung des Sozialministeriums aus dem Jahr 2018, auf die auch die Interessensgemeinschaft pflegender Angehöriger verweist. Über Umwege hat es den Diskriminierungsschutz aufgrund von Care-Arbeit bereits zuvor gegeben: Nachdem Frauen einen Großteil der privaten Sorgearbeit leisten, war damit verbundene Diskriminierung bisher schon vom Diskriminierungsgrund Geschlecht erfasst – allerdings immer nur als indirekte Diskriminierung, die nachgewiesen werden musste. Seit 1. November ist das Verbot von Diskriminierung aufgrund von Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen in der Arbeitswelt im Gleichbehandlungsgesetz explizit genannt. Der Diskriminierungsschutz ist damit rechtlich besser und auch für alle klar verständlich verankert. Das bedeutet auch, dass sich Menschen nun leichter wehren können, wenn sie im Berufsleben aufgrund von privater Sorgearbeit diskriminiert werden. Sie müssen nicht mehr nachweisen, dass die Diskriminierungsform mit ihrem Geschlecht zusammenhängt.

Neu ist auch, dass die hinzugekommenen Diskriminierungsgründe direkt auf Tätigkeiten wie Kinderbetreuung oder Pflege abzielen und nicht auf das Geschlecht der dis-

kriminieren Person. Es geht somit nicht nur um Frauen und Männer, sondern um Menschen aller Geschlechter.

Nach vielen Jahren gibt es in Österreich also endlich wieder eine gesetzliche Verbesserung beim lückenhaften Diskriminierungsschutz. Das ist höchst erfreulich. Dieser Erfolg geht nicht zuletzt auf die jahrelange Überzeugungsarbeit der Gleichbehandlungsanwaltschaft zurück. Diese bietet kostenlose und vertrauliche Rechtsberatung für Diskriminierungsbetroffene auf Basis des Gleichbehandlungsgesetzes an. Ihre Beratungsstatistik belegt die Notwendigkeit der neuen Schutzgründe: Im Jahr 2022 betraf fast jeder vierte Diskriminierungsfall, bei dem es um Geschlechterdiskriminierung bei den Arbeitsbedingungen ging, Themen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 2023 hat sich die Anzahl deutlich erhöht, wie der noch nicht veröffentlichte Tätigkeitsbericht der Gleichbehandlungsanwaltschaft zeigen wird.

Doch eines ist auffällig: Eine breitenwirksame Kommunikation seitens der Politik ist ausgeblieben. Wo bleibt eine medienwirksame „Kenne deine Rechte“-Kampagne? Wo ist die proaktive und niederschwellige Information für Beratungsorganisationen, die über die neuen Schutzgründe informiert sein müssen, um bei Diskriminierung gut beraten zu können? Politiker*innen, die sich sonst bei bloßen Ankündigungen von Gesetzesänderungen gerne in Szene setzen, waren rund um die Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes auffallend zurückhaltend. Das ist umso erstaunlicher, zumal die „Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebensbereichen“ als Maßnahme im türkis-grünen Regierungsprogramm festgeschrieben ist. Woher kommt die Zurückhaltung? Vielleicht daher, dass die Regierungsparteien mit der Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes lediglich der Verpflichtung nachgekommen sind, die sogenannte Vereinbarkeitsrichtlinie der EU umzusetzen. Österreich war in der Umsetzung bereits säumig. Eine mutige, proaktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik sieht anders aus.

Klagsverband, www.klagsverband.at



WIR SUCHEN:
WEGBEGLEITER*INNEN
ABENTEUERER*INNEN
IDEEN-UMSETZER*INNEN

OFFIZIELL HEISST DAS PÄDAGOG*IN,
PSYCHOLOG*IN ODER SOZIALARBEITER*IN
(M/W/D)



SOS
KINDERDORF

BEWIRB DICH JETZT
AUCH PER WHATSAPP UNTER:
www.sos-kinderdorf.at/jobs



Und was sagen Sie dazu? SIÖ fragt bei Parteien nach.

Das SIÖ Service für das Superwahljahr 2024



Die nächsten Wahlen stehen vor der Tür. In diesem Jahr sind es gleich einige. Neben Gemeinderatswahlen in Salzburg und Innsbruck, den Landtagswahlen in der Steiermark und Vorarlberg wird im Juni das europäische Parlament neu gewählt und voraussichtlich im September kommt es zur Nationalratswahl. Da kommen einige Frage auf: Soll ich wählen, wem gebe ich meine Stimme?

Für die Leser*innen der SIÖ hat die Redaktion sich entschieden, die fünf Parlamentsparteien und die KPÖ, sowie die Bierpartei, als weitere bei der Nationalratswahl antretende Partei, zu befragen. Vielleicht bieten die Antworten eine Entscheidungshilfe für den entsprechenden Wahltag. Die gestellten Fragen beziehen sich auf das Schwerpunktthema. Für die nächste Ausgabe ist eine neue Fragerunde geplant.

Da zwei Parteien keine Angaben gemacht haben. Hier ein Hinweis zur Vorgehensweise: Alle Parteien erhielten zur gleichen Zeit Mitte Jänner dieselben Fragen und an alle, die noch nicht geantwortet hatten, erging Ende Jänner ein Reminder. Warum manche keine Antworten geschickt haben, entzieht sich unseren Kenntnissen.

Frage 1: Klimawandel

Ein Slogan der Klimabewegung lautet: Systems change not climate change. Welches "System" würde die - (Partei) - verändern, um den Klimawandel nicht weiter anzuhetzen? Konkret geht es um das Ziel, dass beim Pariser Klimaabkommen 2015 beschlossen wurde, die globale Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu senken bzw. auf 1,5-Grad zu begrenzen.

Frage 2: Klimagerechtigkeit

Ein Slogan der Klimabewegung lautet: Systems change not climate change. Welches "System" würde die - (Partei) - verändern, Klimagerechtigkeit ist ein großes Thema. Sie betrifft das Land, die Stadt und ist global. Sie fragt nach den Verursachern des Klimawandels und den Betroffenen.

Was sind die zentralen Positionen und Ansätze der - (Partei) - für Klimagerechtigkeit?

**X WÄHLE
SOZIALE ARBEIT**

KPÖ

Frage 1: Klimawandel

KPÖ: Leistbaren Wohnraum schaffen: Öffentlicher und gemeinnütziger Wohnbau mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr reduziert den motorisierten Verkehr und verbessert die Nachversorgung.

Öffentliche Energiewende: Eine Milliarde Euro pro Jahr für Gemeinden, um erneuerbare Energien im kommunalen Eigentum auszubauen. Erneuerbare Energie ohne Abhängigkeit der Konzerne.

Ausbildungsoffensive: Der Umbau scheitert auch daran, dass es nicht genug Fachkräfte für nachhaltige Technologien gibt. Finanzierung des Bildungssystems und Einbindung in einen nationalen Klimaplan.

Nachhaltige Landwirtschaft fördern: Die Bewirtschaftung von extensiven Flächen muss höher honoriert werden, um den damit verbundenen Ertragsentgang besser abzubilden.

Frage 2: Klimagerechtigkeit

KPÖ: Strompool Austria: Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung für alle Stromerzeugungsanlagen in Österreich, den erzeugten Strom zu einem Preis auf Basis von Vollkosten an den Strompool Austria zu verkaufen.

Energiegrundsicherung statt Energiearmut: Der Grundbedarf an Strom und Heizenergie muss jedem Haushalt kostenlos zur Verfügung stehen. werden. Darüberhinausgehender Mehrverbrauch wird teurer.

Soziales Klimaticket: Finanziell benachteiligte Menschen sollen in Zukunft ein österreichweit gültiges soziales Klimaticket kostenlos erhalten. Mittelfristig sind kostenlose Öffis für alle Menschen das Ziel.

Ein österreichweites Sharingsystem: Aufbau und Integration von Sharingangeboten, im Bereich Elektromobilität und Fahrrädern für eine bessere Mobilität auch abseits der Ballungsräume.

NEOS

Frage 1: Klimawandel

NEOS: Wir NEOS bekennen uns klar zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Dass wir bis 2040 ein klimaneutrales Österreich und bis spätestens 2050 ein klimaneutrales Europa brauchen, steht für uns außer Frage. Wir sehen darin eine Chance, unser Land und unseren Kontinent nicht nur lebenswerter für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen, sondern auch wettbewerbsfähiger und freier. Um die Ziele des Klimaabkommens zu erreichen, braucht es aber eine verlässliche Strategie mit eindeutigen Spielregeln und klaren Lösungen auf allen politischen Ebenen. Zentrale Bausteine dafür sind etwa eine aufkommensneutrale Ökologisierung des Steuersystems und eine bindende CO2-Bremse im Verfassungsrang. Unter diesen Voraussetzungen können wir die Ziele innerhalb unseres Systems der freien Marktwirtschaft erreichen.

Frage 2: Klimagerechtigkeit

NEOS: Die Folgen des Klimawandels betreffen uns alle, die nächsten Generationen aber noch viel mehr. Wir NEOS nehmen unsere politische Verantwortung für Generationengerechtigkeit daher sehr ernst. Damit unsere Kinder und Enkelkinder noch eine lebenswerte Zukunft haben, braucht es eine wirksame, konsequente und innovative Klimapolitik. Mit unserem Modell einer echten ökologischen Steuerreform geben wir Umweltschädigung einen angemessenen Preis, ohne die Gesamtsteuerbelastung zu erhöhen. Dadurch wird das Verursacherprinzip in den Mittelpunkt gestellt und Klimagerechtigkeit in der Gegenwart hergestellt.



Frage 1: Klimawandel

SPÖ: Österreich muss seinen Beitrag leisten und bis 2040 klimaneutral werden. Nicht, weil wir das Weltklima im Alleingang retten, sondern weil der sozial-ökologische Umbau eine große Chance für die Neugestaltung und Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse mit sich bringt. Für diesen Umbau brauchen wir eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei geht es darum, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, in denen die Wirtschaft nicht mehr auf dem Raubbau der Natur basiert, und den Menschen Strukturen zur Verfügung gestellt werden, um ein klimaverträgliches Leben zu führen. Die Rolle der Sozialdemokratie ist es, diese Entwicklung voranzutreiben und darauf zu achten, dass niemand zurückbleibt.

Frage 2: Klimagerechtigkeit

SPÖ: Der Kampf gegen die profitgetriebene Erderhitzung hat höchste Priorität. Es geht um unsere Lebensgrundlage und den Rechtsanspruch unserer Kinder und Enkelkinder auf einen intakten Planeten. Die SPÖ begreift die Klimafrage als Verteilungsfrage: Die reichsten 10 Prozent verursachen die Hälfte der Emissionen, die dramatischen Folgen treffen uns alle. Während wir unter den Auswirkungen leiden, fliegen die Reichen mit ihren Privatjets durch die Gegend. Wir wollen Luxus-Emissionen eingrenzen und Privatjets verbieten. Nicht der jährliche Sommerurlaub ist das Problem, sondern fehlende Weitsicht in der Industriepolitik und beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs.



Frage 1: Klimawandel

Die Grünen: Wir setzen auf einen nachhaltigen Systemwandel, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Dazu ist es notwendig, dass sich unsere menschlichen Systeme an den planetaren Grenzen orientieren. Denn die Klimakrise ist keine Frage der Ideologie, sondern der Physik. Deshalb brauchen wir langfristig ein System, das nicht auf ständiges Wachstum angewiesen ist. Anders wird es auf einem endlichen Planeten nicht gehen. Aber ganz unabhängig von dieser Sichtweise müssen wir jeden einzelnen Bereich unseres Wirtschaftssystems klimaneutral gestalten, unabhängig davon, an welchem übergeordneten System wir unsere Wirtschaft ausrichten.

Frage 2: Klimagerechtigkeit

Die Grünen: Klimagerechtigkeit bedeutet, die Klimakrise als soziale Frage zu denken und entsprechend zu handeln. Das heißt auch, dass wir als Industrieländer des globalen Nordens unsere historische Verantwortung wahrnehmen. Dazu gehört, dass wir unsere Emissionen so schnell wie möglich reduzieren und jenen Ländern helfen, die in der Vergangenheit am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, aber bereits jetzt am stärksten unter ihr leiden. Deshalb haben wir die Mittel für die internationale Klimafinanzierung massiv erhöht. Darüber hinaus muss Klimapolitik natürlich auch sozial gerecht und für alle leistbar sein. Deshalb haben wir unter anderem einen Klimabonus eingeführt, von dem vor allem Menschen mit geringem Einkommen profitieren. Wichtig ist auch die Generationengerechtigkeit. Denn eines ist klar: Wenn wir heute die Klimakrise nicht eindämmen, schränken wir die Möglichkeiten künftiger Generationen, ihr Leben frei zu gestalten, massiv ein.



Die Bierpartei arbeitet derzeit an der Erweiterung der Strukturen und der Komplettierung der Teams in ganz Österreich. Diese werden in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam die Themenpapiere finalisieren und daraus Forderungen ableiten. Dies trifft auch auf die Themen Klimawandel und -gerechtigkeit zu, weshalb Dominik Wlazny die Fragen zu einem späteren Zeitpunkt gerne beantworten und die Position der Bierpartei vertiefend vorstellen wird.



Keine Angaben

Die
Volkspartei

Keine Angaben

TERMINE UND HINWEISE

- Für alle obds-Mitglieder gibt es das Online-Format "Impulse" – die schwerpunktmäßige Austauschplattform für Praktiker*innen. Zu verschiedensten Themen geben Expert*innen aus der Praxis Impulsvorträge, anschließend Diskussion und Austausch. Der nächste Termin ist der 09. April 2024: Thema Review WSWD – Mitglieder bekommen alle Infos per Mail!
- Alle Infos und Events rund um den WSWD 2024 findet auf der Seite des obds unter: https://obds.at/wswd/wswd_2024/
- Neue Umfrage der AK: Wie geht es den Berufstätigen in der Sozialen Arbeit? Wer mitmachen möchte findet auf der Seite des obds mehr Infos: <https://obds.at/ak-umfrage-wie-geht-es-den-berufstaetigen-in-der-sozialen-arbeit/>



Erhebung SOZIALE ARBEIT

Wie geht es den Berufstätigen in der Sozialen Arbeit?
Bis 31. März 2024 können Sie teilnehmen.

www.arbeiterkammer.at



S ZIALE ARBEITSSPLITTER

von Rudi Rögner

VERTRAUENSINDEX AUCH FÜR DIE NGOS

Während bei Bundespolitiker*innen der Index vom Meinungsforschungsinstitut OGM vierteljährlich gebildet wird, erfolgt dies bei den NGOs alle vier Jahre. 1.000 repräsentativ ausgewählte Österreicher*innen wurden im Dezember 2023 befragt und aus den Antworten „habe Vertrauen“ und „habe kein Vertrauen“ wurde ein Saldo gebildet. Das Ranking führen 6 Hilfsorganisationen aus dem Gesundheitsbereich an. Nach dem Sieger Rotes Kreuz (84) sind es die Österreichische Krebshilfe (79) und die Rote Nasen Clowndoctors (78) auf den nachfolgenden Plätzen. Die Caritas (25) und die Diakonie (10) befinden sich hingegen im unteren Drittel. Ganz hinten liegen Fridays for Future (-41) und Letzte Generation (-63).

Wolfgang Bachmayr (Geschäftsführer von OGM) sieht in einem hohen Vertrauen das wichtigste Kapital für Spendenorganisationen. Dieses Vertrauen kann durch Skandale beschädigt werden, was durch ein Abrutschen um mehrere Punkte sichtbar wurde. Spenden an Hilfsorganisationen sei zudem bei vielen Unternehmen ein wichtiger Bestandteil für die Image- und Kommunikationspolitik geworden.

Aus: <https://www.ogm.at/2023/12/17/ogm-apa-vertrauensindex-ngos/>

ERWERBSBETEILIGUNG VERMINDERT ASYLKOSTEN

Das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria untersuchte im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds die budgetären und wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufnahme von Asylsuchenden bzw. der sogenannten „Asylmigration“, wie sie in der Studie genannt wurde.

Sie betrachtete den Zeitraum 2015 bis 2025 und errechnete Aufwendungen in der Höhe von 21,6 Mrd. Euro. Stellt man diesen die Einnahmen von 12,8 Mrd. Euro gegenüber, ergibt sich ein Saldo von 8,8 Mrd. Euro. Die Ausgaben für die Vertriebenen aus der Ukraine sind hier nicht enthalten.

Die Kosten ergeben sich aus den Aufwendungen für die Grundversorgung (inklusive Kinder- und Jugendhilfe für die unbegleiteten Minderjährigen) in der Höhe von 5,8 Mrd. Euro. In diesem Posten werden unter anderem

auch die Verfahrenskosten, Transportkosten und die Grenzsicherung (Assistenzeinsatz des Bundesheeres) hinzugerechnet. 4,4 Mrd. Euro betragen die Ausgaben für Bildung, 3,5 Mrd. jene für Gesundheit. Weitere 3 Mrd. macht die Mindestsicherung/Sozialhilfe aus, welche Asylberechtigte beziehen können und 2,5 Mrd. werden für aktive und passive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Schließlich fallen 1,5 Mrd. Euro für Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld an.

Diesen Aufwendungen stehen die Einnahmen aus dem zusätzlichen Einkommenssteueraufkommen durch die Erwerbstätigkeit der Betroffenen und ihrem privaten Konsum (Mehrwertsteuer) in der Höhe der erwähnten 12,8 Mrd. Euro insgesamt gegenüber.

Der „Negativ-Saldo“ ist anfangs hoch (z.B. 2016: 1,7 Mrd. Euro) und geht in der Prognose für 2025 nahezu gegen Null (2025: 2 Millionen Euro). EcoAustria folgert aus dieser Rechnung, dass eine frühere Integration in den Arbeitsmarkt viel Sinn hätte und ein hohes Einsparungspotential für die staatlichen Aufwendungen ergäbe. Sonja Ziganek vom Österreichischen Integrationsfonds sieht ebenfalls den Vorteil eines raschen Einstiegs in den Arbeitsmarkt, davon „profitieren Zuwanderer und die österreichische Gesellschaft gleichermaßen“.

Die sogenannte „Asylmigration“ führt aber auch zu einem Anstieg des BIP: im Jahr 2019 war es um 0,5 % höher als ohne das Asylwesen, und im Jahr 2025 wird es laut Prognose sogar um 1,2 Prozent höher sein.

Johannes Berger, Studienautor und Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung, betont, „Asyl ist primär unter humanitären und nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten zu sehen“, und will dennoch die wirtschaftlichen und fiskalischen Gesichtspunkte mitdenken.

Aus: ecoaustria.ac.at/oekonomische-effekte-asylmigration/

NEUER LEITFADEN ZUM UMGANG MIT GEWALT BEI OBSORGE-VERFAHREN

Der Leitfaden mit 61 Seiten wurde von einer Arbeitsgruppe mit vielen Expert*innen aus der Praxis unter der Leitung

des Justizministeriums erarbeitet und Mitte Jänner 2024 präsentiert. Die beschriebenen Gewaltformen reichen von Körperverletzung über Vernachlässigung, sexualisierter und psychischer Gewalt bis zum unberechtigten Vorenthalten von Unterhaltsleistungen. Die Möglichkeiten der betreffenden Stellen werden vorgestellt und die Vorgangsweisen beschrieben.

Die Handreichung richtet sich an die Familienrichter*innen, und in weiterer Folge auch an alle im Kinderschutz tätigen Organisationen, Beratungsstellen, Frauenhäuser und die Polizei.

Aus: bmg.gv.at/ministerium/aktuelle-meldungen/Jedes-Kind-hat-das-Recht-auf-ein-gewaltfreies-Aufwachsen-.html

FAMILIENMINISTERIN SORGT SICH UM VÄTERKARENZ

Seit 12. Jänner 2024 fährt das Bundeskanzleramt, zu dem die Familienagenden der Bundesregierung gehören, eine Social-Media- und Online-Kampagne für eine aktive Vaterrolle und eine partnerschaftliche Elternschaft. Bekannte TV-Moderatoren und ein Profisportler erzählen in kurzen Videos über ihr Vatersein. Diese werden auf Facebook, Instagram und YouTube sowie als Teaser auf verschiedenen Online-Medien zu sehen sein. Unter bundeskanzleramt.gv.at/themen/papasein werden umfassende Informationen zum Thema zur Verfügung gestellt.

Im September 2023 starteten auch AK und Land Burgenland mit den Gewerkschaftsfrauen eine Kampagne zur Väterkarenz. Unter dem Motto „Und Papa dabei. - Einzigartig. Besonders. Väterkarenz“ wurden Plakate gestaltet und die nötigen Informationen für die Praxis zusammengestellt.

Aus: papasein.at/; bgld.arbeiterkammer.at/service/presse/Startschuss-der-Kampagne-Einzigartig.-Besonders.-Vaeterka.html

NETTOZAHLER:INNEN IN DEN SOZIALSTAAT NICHT NUR UNTER DEN WOHLHABENDEN

In der Diskussion über die WIFO-Studie zur Umverteilung in Österreich (siehe Soziale Arbeits-Splitter in 4/2023) trat im Dezember 2023 ein weiterer Aspekt hervor:

Nettozahler*innen finden sich nicht nur unter den Wohlhabenden.

Bei dieser ergänzenden Berechnung wurden die Haushalte nach Einkommenshöhe zu Dezilen zusammengefasst und einzeln betrachtet. Im ersten Schritt wurden die Steuern und Abgaben eines Dezils addiert und im zweiten die empfangenen Leistungen wie Pensionen, Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe, aber auch Sachleistungen wie die Angebote des Bildungs- und Gesundheitssystems.

Demnach sind 37 % der Österreicher*innen Nettozahler*innen, und davon ist ein Fünftel der ärmeren Hälfte der Bevölkerung zuzurechnen. Zudem gehören 3 % der Nettoempfänger*innen sogar zum obersten Einkommenszehntel. Das hat seinen Grund darin, dass die Pensionen hier mit 4.850 Euro im Durchschnitt sehr hoch sind. Der Hintergrund dieser Verhältnisse ist darin zu sehen, dass die sozialstaatlichen Leistungen stark auf die Abfederung temporärer Risiken abgestellt sind.

Aus: wifo.ac.at/news/wer_finanziert_den_wohlfahrtsstaat;derstandard.at vom 22.12.2023

SONDERPÄDAGOGIK: STARKE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN BUNDESLÄNDERN

Einmal mehr wurden beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern festgestellt. Die aufwändige Studie im Auftrag des Bildungsministeriums, die im November 2023 präsentiert wurde, nimmt die Vergabe des sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Blick.

Die Analyse der Gutachten zeigt beispielsweise, dass in Niederösterreich 21 % der Schüler*innen mit SPF (Sonderpädagogischer Förderbedarf) Mädchen sind und im Burgenland 45 %, die durchschnittliche Bearbeitungsdauer liegt in Oberösterreich bei 1,5 Monaten und in der Steiermark bei 4,5. Auch hinsichtlich der Feststellung der Behinderungsformen finden sich extreme Unterschiede, was nicht mit höherem oder niedrigerem Vorkommen von Behinderungen zusammenhängt. In einigen Bundesländern werden die gesetzlichen Kriterien für die SPF-Zuteilung sehr weit ausgelegt, und in manchen sogar durch ländereigene Richtlinien überschritten.

Kritisiert wurde von den befragten Betroffenen in der Praxis die Deckelung der Ressourcen für Integrationsklassen mit

2,7 % durch den Bund, wobei sich die Länder nicht in der Lage sehen, die fehlenden Ressourcen beizusteuern.

Ein gutes Ergebnis erzielt die Befragung der Eltern nach ihrer Zufriedenheit. Nur 8,8 % der Eltern äußern sich wenig bis gar nicht zufrieden, ein Umstand den das Bildungsministerium gleich zur Headline der APA-Meldung über die Studie machte.

Die Studienautor*innen schlagen eine Abkehr vom derzeit verwendeten medizinischen Modell einer Behinderung vor, das derzeit für die SPF-Feststellung verwendet werde. Es orientiere sich zu sehr an den Defiziten des Kindes und lasse wenig Spielraum für inklusionsorientierte Ansätze. In diesem Zusammenhang wird die Praxis mancher Bundesländer positiv hervorgehoben, auf einen SPF zu verzichten (und so die oft damit verbundene Diskriminierung zu vermeiden) und einen „besonderen Förderbedarf“ zu attestieren, der es ohne SPF-Bescheid ermöglicht, zusätzliche Fördermaßnahmen zu erteilen.

Die Studie regt weiters eine Verkürzung der Verfahren an. Außerdem sollten vermehrt auch multiprofessionelle Kooperationen ermöglicht werden.

Bei der Reform der aktuellen Regelungen könnte eines der möglichen Reformszenarien darin bestehen, dass die gesamten Ressourcen entlang der SPF-Quote dem Bund übertragen werden.

Aus: bmbwf.gv.at/Themen/schule/bef/sb/spf_eval.html

HERBERT LANGTHALER GEHT IN PENSION

Als im Jahr 1991 der Verein Asylkoordination Österreich gegründet wurde, war er dabei und wirkte seither im Vorstand mit, zunächst als Obfrau-Stellvertreter und später als Geschäftsführer. Die Asylkoordination fungiert

als Vernetzungsplattform für NGOs im Flüchtlingsbereich. Seit vielen Jahren betreut Langthaler als Chefredakteur die Zeitschrift des Vereins „asyl aktuell“, welche vier Mal jährlich erscheint (Abo: 20 Euro). Er war federführend an der Etablierung mehrerer Projekte beteiligt, sei es ein Theaterstück, ein Peerberatungssystem von hochgebildeten Geflüchteten oder ein Gesundheitsprojekt. Eine Wegbegleiterin beschrieb ihn als CCO, als „Chief Creative Officer“. Der Zeitschrift bleibt er trotz Pensionierung treu.

Aus: *asyl aktuell, Zeitschrift der Asylkoordination Österreich; asyl.at*

KINDERRECHTE ALS CHANCE UND AUFTRAG IM KLIMASCHUTZ

So lautete der Titel einer Tagung der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft im November 2023. Im August letzten Jahres hatte nämlich der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes in einem sogenannten „General Comment No. 26“, das Recht eines jeden Kindes auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt definiert. Die 196 Staaten, welche die Kinderrechtskonvention unterzeichnet haben, werden aufgefordert, Umwelt- und Klimaschäden zu verhindern, denen gerade Kinder ausgesetzt sind. Die Perspektiven der Kinder sollen in umweltpolitischen Entscheidungen stets berücksichtigt werden. Um diese Normen durchzusetzen, ist vorgesehen, dass die Staaten in regelmäßigen Abständen an den Ausschuss berichten.

In Österreich wurde die Kinderrechtskonvention 1992 als einfaches Bundesgesetz ratifiziert, seit 2011 befinden sich Teile davon im Verfassungsrang.

Aus: kija-wien.at/zum-kinderrechtetag-konferenz-kinderrechte-als-chance-und-auftrag-im-klimaschutz/; childrightsenvironment.org



ASYS Lehrgänge starten im November'24

ÖVS-zertifizierter Lehrgang
Systemische Supervision & Coaching | 2024 – 2027
Berufsqualifikation für arbeitsweltliche Beratung

ASYS Zertifikatslehrgang
Zertifizierte systemische Beratung | 2024 – 2025
Weiterbildung für Berufstätige der Sozialen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Personalarbeit

www.asys.ac.at



ARBEITEN IM SOZIALBEREICH?

Besuche unsere Jobbörse, um einen Job zu suchen oder zu inserieren.



www.obds.at/stellenangebote





Beratung und Beziehung in der Offenen Jugendarbeit

Dieser Beitrag gibt Einblick in die Ergebnisse einer aktuellen Fallstudie, die sich mit Beratungspraxen in der offenen Jugendarbeit beschäftigt. Dies sowohl aus der Perspektive von Jugendlichen als auch von den Fachkräften.

Marc Diebäcker

*Auf die Frage, warum sie in den Treff kommt, überlegt die Jugendliche nur kurz: „Weil es hier ruhig und chillig ist und weil man mit den [Jugendarbeiter*innen] reden kann und weil die sich einfach gut auskennen. Sie sind halt coole Erwachsene und ich kann über alles mit ihnen reden. Ich sag dann einfach: ‚ich muss mal reden‘ und wir gehen zur Seite.“ Ein Bursche betont, dass er Vertrauen zu den Jugendarbeiter*innen habe und, dass das „superwichtig“ für ihn sei. „Ich merke es daran, dass sie nichts weitererzählen. Sie helfen mir und das funktioniert, es bringt einfach was.“ Eine andere jugendliche Person erzählt, dass sie die Jugendarbeiter*innen als Erwachsene interessant findet, die Erfahrung haben: „Am Anfang musste ich erst abchecken, was bei Ihnen geht und was nicht. Ich rede mit denen natürlich ganz anders als mit meinen Leuten. Hier bekomme ich einfach eine andere Meinung als in der Schule oder daheim.“*

WIE ERLEBEN JUGENDLICHE DIE BERATUNGSBEZIEHUNG ZU DEN FACHKRÄFTEN?

In den Gesprächen mit Jugendlichen wird immer wieder deutlich, dass sie ein vertrauensvolles Beziehungsangebot suchen. Dieses ist meist eine Bedingung, um sich in eine Beratungssituation zu begeben, in der sie sich selbst

als unsicher, suchend und hilfsbedürftig positionieren. Ihr Thema zu teilen, ihr Problem zu deponieren und zu bearbeiten, ihre Meinung zu prüfen oder ihre Lösungsideen zu ordnen, erfordert viel Vertrauen in das Gegenüber. Die Achtung und der Schutz dieses Vertrauens sind ihnen daher besonders wichtig. Dann trauen sie sich, Persönliches oder Belastendes „Preis zu geben“ und wünschen sich oft Entlastung, Halt und Orientierung. Sie kommen der Fachkraft entgegen und erhoffen sich, dass diese etwas für ihre gelingende Bewältigung beitragen kann. Ihre Erwartungen an das Gegenüber sind also hoch, dessen Verlässlichkeit und fachliche Kompetenz wird vorausgesetzt. Vertrauen erscheint somit als die zentrale Beziehungsqualität – eine Qualität die Jugendliche meist vor der „ersten Beratung“ bereits geprüft, als bedeutsam erlebt und wertvoll eingeschätzt haben.

Verlässlichkeit, Ernsthaftigkeit und eine besondere Hinwendung von Jugendarbeiter*innen sind Jugendlichen in der Beratung wichtig: Interesse zu zeigen (ohne es selbst tun zu müssen), Verstehen zu wollen (ohne beurteilt zu werden) und Unterstützung zu geben (ohne etwas von ihnen zu wollen) wird als „respektvoll“, „akzeptierend“ oder „wertschätzend“ empfunden. Befragte Jugendliche

heben häufig die besondere Art und Weise hervor, wie Fachkräfte ein Gespräch führen: das „viele“ Fragen stellen, „richtige“ Zuhören oder „direkte“ Reagieren auf Anliegen erleben sie als besondere Qualität und sehen darin einen wesentlichen Unterschied zu anderen Erwachsenen. Sie schildern, dass ihnen die Jugendarbeiter*innen sympathisch sind: Lockerheit, Witzigkeit oder „Coolness“ tragen dazu bei, dass sie Berührungspunkte haben, sich ihnen nah fühlen und sich auf eine Beratungssituation einlassen können. Die Kenntnis jugendlicher Lebenswelten, die Offenheit gegenüber ihren Bedarfen und die kommunikative Kompetenz, in Beziehung treten zu können, werden in der Wahrnehmung der Jugendlichen zu „gefühlten“ Charaktereigenschaften. In Momenten hohen Handlungsdrucks neigen Jugendliche dazu, die bereits etablierte Beziehung zur Fachkraft zu überhöhen und übertragen dieser einen großen Vertrauensvorschuss. Im Moment des Bekennens der eigenen Schwäche ist die Hoffnung auf eine verlässliche und sichere Beziehung nur allzu verständlich – macht Jugendliche aber gerade deswegen besonders vulnerabel. In den Schilderungen von Jugendlichen wird aber auch deutlich, dass die Qualität der Beratungsbeziehung auch von der eingeschätzten Expertise der Fachkräfte abhängt. Denn kommunikativ-methodische Fähigkeiten oder besondere Wissensbestände von Jugendarbeiter*innen werden als bedeutsam und wirkungsvoll wahrgenommen, um einen anderen, einen „besseren“ Umgang mit den eigenen Themen zu finden. Die Fachkräfte werden in ihrer lebensweltorientierten Offenheit in vielerlei Hinsicht als kompetent wahrgenommen, häufig wohl auch überschätzt – eine den Fachkräften inhaltlich zugeschriebene Allzuständigkeit verwundert daher nicht. Und selbst wenn der Informationsbedarf hoch bzw. spezifisch ist, und Jugendarbeiter*innen das „Wissen zur Lösung“ selbst nicht haben, ist die Hoffnung in die Prozessbegleitung – „einen Ausweg“ zu finden – wohl enorm.

Teilweise fällt Jugendlichen die kommunikative Abgrenzung gegenüber Fachkräften schwer, ein direktes Nein im Gespräch ist selten. Sie bevorzugen eher ausweichendes Verhalten, reagieren nicht auf Ansprache, lassen das Gespräch „auslaufen“ oder nutzen Anlässe, sich zu entfer-

nen und nehmen die „Unterhaltung“ danach nicht mehr auf. Solch indirekte Strategien, ein Gespräch zu beenden, fällt Jugendlichen in offenen Settings der Jugendarbeit leichter als in (teil)geschlossenen Settings der Beratung. (Diebäcker/Hofer 2023: o.S.) Dort ist die Schwelle, einen begonnenen Dialog mit der Fachkraft zu unterbrechen, für sie deutlich größer: mit Widerstand und Kritik in der Beratung ist von Seiten der Ratsuchenden daher kaum zu rechnen, stattdessen mit zustimmendem und anpassendem Verhalten.

WIE BESCHREIBEN FACHKRÄFTE HERAUSFORDERUNGEN IN IHRER BERATUNGSBEZIEHUNG ZU DEN JUGENDLICHEN?

Diskussionen mit Jugendarbeiter*innen zur Beratung drehen sich in vielerlei Hinsicht um die „Beziehungsarbeit“. Diese scheint meist die Voraussetzung, damit Jugendliche überhaupt Zugang zur Beratung finden, ist aber auch zentral für den weiteren Verlauf und bedeutend für die Unterstützung von jugendlichen Bewältigungsstrategien. Blicken Jugendarbeiter*innen auf die Beziehungsqualität, thematisieren sie fachliche Standards wie Freiwilligkeit, Verbindlichkeit, Anonymität oder Akzeptanz, an denen sie sich orientieren. In der Beratung legen sie den Blick auf die einzelne Person mit ihren Stärken und Ressourcen und achten darauf, Entscheidungen bei den Jugendlichen zu lassen. Die eindeutige Parteinahme ist ihnen ein Anliegen und da Jugendliche dies wüssten, auch ein wesentlicher Faktor für eine anerkennende Beratungsbeziehung. Kurzum: eine hohe Konzentration auf Interessen und Bedarfe von Jugendlichen sowie eine aktive und achtsame Hinwendung haben Jugendarbeiter*innen meist sehr deutlich im Blickfeld.

Wenn Fachkräfte konkrete Beratungssituationen und „Fallgeschichten“ reflektieren, zeigen sich Herausforderungen des Arbeitens in Beziehung. Demnach fällt es Jugendlichen teilweise schwer, Rollen und Aufgaben von Jugendarbeiter*innen nachzuvollziehen. Daher ist es für Fachkräfte alltägliche Routine, den jungen Menschen Ziele und Zwecke des Angebots zu erläutern sowie Mög-

Zum Forschungsprojekt:

Dieser Beitrag beruht auf vier qualitativen Fallstudien zu Angeboten der Offenen Jugendarbeit in Tirol, Oberösterreich, Wien und der Steiermark. Das Vorhaben wurde von Marc Diebäcker und Manuela Hofer am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit der FH Campus Wien im Jahr 2021 durchgeführt und war Teil des EU-finanzierten Erasmus+Projekts „Beratungspraxen in der Offenen Jugendarbeit“. Das Projekt

fand in Kooperation mit bOJA (Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit) und AGJF (der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg) statt und mündete u.a. in den Praxisleitfaden „Beratung in der Offenen Jugendarbeit“ (Walzl-Seidl et al. 2023). Für weitere Publikationen zum Forschungsprojekt siehe Diebäcker/Hofer 2024 und Hofer/Diebäcker 2023.

lichkeiten der Teilhabe und Mitwirkung zu vermitteln. Verschieben sich die Rollen im Berufsalltag, z.B. von freizeitpädagogischen Aktivitäten hin zu Beratungen, sind Rollenwechsel und veränderte Aufgaben zu thematisieren. Gerade in Krisen, wenn Jugendliche besonders vulnerabel sind, ist auf Transparenz und Berechenbarkeit zu achten.

In der Beratung sind Jugendarbeiter*innen immer wieder gefordert, manchmal auch überfordert. Befragte schildern, dass sie die thematische Allzuständigkeit herausfordert. Aufgrund der Breite jugendlicher Anliegen müssen Fachkräfte ihre eigene inhaltliche Kompetenz ständig abfragen. Sie müssen permanent abwägen, ob sie sich selbst „als kompetent genug“ erleben oder gegebenenfalls ihr Knowhow erweitern müssen. Individuelle Recherchen, Nachfrage bei spezialisierten Kolleg*innen, kollektive Beratung im Team oder Nachfragen bei Fachdienststellen sind einige Strategien, um benötigte Wissensbestände in den Beratungsprozess zu inkludieren. Je klarer „Problemdefinitionen“ in der Beratung ersichtlich werden, desto größer erleben sie den Druck, ihren Beitrag zu einem angemessenen Lösungsprozess zu leisten. Diese thematische Überforderung von Jugendarbeiter*innen ist grundsätzlich konstitutiv, ist sie doch der Vielfalt des persönlichen Erlebens von Jugendlichen im Alltag geschuldet. Sie kann durch Arbeiten im erweiterten, professionellen Netz zwar reduziert, aber nicht grundsätzlich aufgehoben werden. (Hofer/Diebäcker 2023: 150)

Fachkräfte sind in Krisensituationen von Jugendlichen besonders gefordert, die Bedrängnisse und Belastungen

von Jugendlichen fordern sie auch emotional. Konfrontiert mit Erlebnissen von Gewalt, Abhängigkeiten, Trauer, Depression oder Suizidalität können Beratungsgespräche auch für Jugendarbeiter*innen „überwältigend“ sein. In Verbindung mit der konkreten Hoffnung der jugendlichen Person auf Zuwendung, Orientierung, Schutz oder konkrete Hilfe, ist der Druck, professionell zu handeln, oftmals zugespitzt. Berücksichtigend, dass im Berufsfeld der Offenen Jugendarbeit professionelle Kompetenzen im Umgang mit akuten Krisen nicht immer vorhanden sind, kommen Kolleg*innen mit geringeren Qualifikationen und Erfahrungen meist schneller an ihre Grenzen: Das Gefühl, Krisen nicht adäquat mit den Betroffenen bearbeiten zu können, kann auch zu einem Vermeidungsverhalten führen, sodass reale Beratungsbedarfe und -situationen nicht als solche betrachtet werden. Kollegiale Zusammenarbeit und kollektive Reflexionen im Team oder Supervisionen helfen dann dabei, eigene Grenzen zu erkennen und Kompetenzen weiterzuentwickeln.

In Beratungsprozessen, in denen drängende Bedarfe erfasst und Kontinuität fachlich wünschenswert sind, erleben Fachkräfte ausbleibende oder unregelmäßige Kontakte von Seiten der Jugendlichen manchmal als belastend. Insbesondere bei der Bearbeitung akuter Krisen, den weiteren Verlauf manchmal „spontanen“ Entscheidungen oder schnell wechselnden Priorisierungen – ganz im Sinne der Freiwilligkeit – den Jugendlichen zu überlassen, bereitet ihnen Sorgen. Im Umgang mit dieser typischen Offenheit und Diskontinuität eines Beratungsprozesses können sie sich nur entsprechend der getroffenen Absprachen, um Kontakt zur heranwachsenden Person bemühen.

Zur Beziehung in der Sozialen Arbeit:

Das Leben findet in einem vielfältigen Netz der Beziehungen statt. Bedeutsame Kontakte im Kindes-, Jugend- oder Erwachsenenalter und die dabei gemachten Erfahrungen prägen unsere Beziehungsmuster. Sie formen auch unser Verständnis, was eine Beziehung ist und was sie in „guter“ und in „schlechter“ Hinsicht ausmacht. Beziehung ist also zunächst ein Phänomen der persönlichen Erfahrung. In unserem biographischen Beziehungserleben spiegeln sich immer auch die Bezüge der anderen, mit denen wir in Beziehung waren oder sind – unsere Beziehungsmuster sind daher auch durch Zugehörigkeiten und Differenzen, Regeln und Umgangsformen wie auch Geschichte und Gesellschaft beeinflusst. Was wir über Beziehung verinnerlicht haben, wie wir sie wahrnehmen, denken und gestalten, ist sozialisatorisch geprägt und hat einen Einfluss, wie wir private, aber eben auch berufliche Beziehungen führen.

Das Arbeiten in Beziehung ist für die Soziale Arbeit voraus-

gesetzt, die Gestaltung professioneller Beziehungen aber ein labiles Unterfangen. Trotz ihres hohen Einflusses auf die Arbeitsbeziehung ist die emotionale, gefühlte oder „atmosphärische“ Seite schwierig zu erschließen. Ein analytischer Zugang schaut auf die jeweiligen subjektiven Perspektiven und versucht sich dem dazwischenliegenden Beziehungsverhältnis, z.B. von Jugendlichen und Jugendarbeiter*innen, anzunähern. Einige Betrachtungsmerkmale konzentrieren sich auf Qualitäten von Beziehung – Vertrauen, Verlässlichkeit oder Konflikthaftigkeit – und werden nach Graden (mehr oder weniger) unterschieden. Andere Merkmale versuchen die Dynamik in den Blick zu nehmen, wenn z.B. nach Intensität, Beständigkeit, Kontinuität oder Kontaktverlauf der Beziehung gefragt wird. Oder es werden Rollen, Funktionen oder Machtasymmetrien beschrieben, um das „Arbeitsbündnis“ zwischen ratsuchenden und beratenden Personen in ihrer Hierarchie und Abhängigkeit zu reflektieren. (siehe hierzu auch Fuhr 2003: 32-38)

Nachgehend Interesse zu signalisieren sowie Beständigkeit und Offenheit zu vermitteln, erleichtert Jugendlichen die Entscheidung, eventuell wieder „anzudocken“.

Fachkräfte fühlen sich auch von der „hohen bzw. wechselnden Geschwindigkeit“ jugendlicher gefordert. Die mit hoher Dringlichkeit formulierten Nachfragen treffen auf ein großes Bemühen von Jugendarbeiter*innen, diese umgehend bzw. zeitnah zu beantworten. Dies erfordert von ihnen organisatorische Flexibilität, durchaus im Wissen, dass schon beim nächsten Treffen das „Problem“ an Dringlichkeit verloren haben kann. Das Abwägen zwischen „geduldigem Zuwarten“ und „sofortiger Intervention“ (Sickendiek et al. 1999: 157) zeigt sich in der Jugendarbeit also in zugespitzter Art und Weise. In konkreten Belastungssituationen von Jugendlichen auch einen Blick auf eine mögliche Entschleunigung der Dynamik zu legen, wird von Fachkräften als wichtig erachtet. Langsamkeit und Ruhe beim „Realitätscheck“ helfen Jugendlichen dabei, Distanz zum Erlebten aufzubauen und so alternative Handlungsoptionen in den Blick zu nehmen.

ZU ASYMMETRIEN IN DER BERATUNGSBEZIEHUNG ZWISCHEN FACHKRÄFTEN UND JUGENDLICHEN

Jugendarbeiter*innen agieren aus Perspektive von Jugendlichen in der Rolle der*des „anderen Erwachsenen“. Positioniert zwischen den Sozialisationsinstanzen Familie und Schule bzw. Arbeit erleben sich Jugendliche in freizeitorientierten Angeboten und im Beisein von Fachkräften anders, können sich in unüblichen Rollen ausprobieren und adressieren Fachkräfte als „speziell“. Es ist die andere Art, Gespräche zu führen, die von Jugendlichen besonders geschätzt und auch aktiv gesucht wird. Gespräche, die sie als freiwillig, offen und weniger normierend oder erfahrungs- und erkenntnisreich erleben. Jugendarbeiter*innen genießen daher in vielerlei Hinsicht Vorbildcharakter, was sich aus dieser zwischenweltlichen Bindungsfigur des „anderen Erwachseneins“ speist. Diese Attraktivität und Faszination ist nicht nur für den Beziehungsaufbau von tragender Bedeutung, sondern eben auch für den Zugang zur Beratung selbst. Denn im Gegensatz zu „klassischen“ Beratungssettings Sozialer Arbeit ist die Beziehung meist bereits vor der ersten Beratung etabliert.

Beratung in niederschweligen Settings wie der Jugendarbeit geht also mit einer spezifischen Form der Beziehungsarbeit einher, die sich von anderen Berufsfeldern Sozialer Arbeit unterscheidet (Wild 2020). In der Regel sind Beratungsbeziehungen ungewöhnlich intensiv und unter dem Schlagwort „Beziehung auf Augenhöhe“ bemühen sich Jugendarbeiter*innen emotional um verlässliche

Nähe. Zielsetzungen wie respektvolle Kommunikation, achtsame Hinwendung, Neugierde und Verstehenwollen oder umfassende Aufmerksamkeit deuten auf ihr Bemühen hin, auf personaler Ebene der Beziehung ein hohes Maß an personaler Symmetrie (Fuhr 2003: 39f.) herzustellen. Mit der Intensivierung der Arbeitsbeziehung ist die Fachkraft auf dieser Ebene besonders gefordert, ein neues Verhältnis von Nähe und Distanz auszubalancieren sowie die situative Dynamik zu stabilisieren. Hinsichtlich des verfolgten Zwecks von Beratung, z.B. die Unterstützung bei der Suche nach Lösungen, hierarchisiert sich die Beratungsbeziehung aber zeitgleich auf funktionaler Ebene. (Diebäcker/Hofer 2024: 54) Sie wird asymmetrischer, weil sich die jugendliche Person als unterstützungsbedürftig zu erkennen gibt und in eine Position der Schwäche begibt. Die Verantwortung für die Abklärung und Steuerung des Unterstützungsprozesses wird an die Fachkraft entsprechend der Kompetenzhierarchie übertragen – ihre Position und Gestaltungsmacht steigt damit. Dieser hierarchisierende Effekt und die Gleichzeitigkeit von personaler Symmetrie und funktionaler Asymmetrie in der Beratungsbeziehung scheint Fachkräften nicht immer bewusst.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Hierarchisierung des Beziehungsverhältnisses sich nicht nur in den jeweiligen Beratungssituationen zeigt, sondern über die Situation hinaus wirksam ist. Das Erleben spezifischerer oder intensiverer Beziehungsmomente, wie eben in einem Beratungsprozess, bildet eine besondere Erfahrungsdimension, die nicht zurückzunehmen ist, sondern Teil der künftigen Beziehung bleibt. Damit Jugendliche nicht einfach in einen Beratungsprozess mit besonderer Beziehungsintensität geraten, muss der Einstieg von der Fachkraft transparent „abgeklärt“ werden. Rollen, Ziele, Aufgaben und eine Idee zur Vorgangsweise müssen dem jungen Menschen verständlich und nachvollziehbar vermittelt werden, um diesem die Entscheidung sich einzulassen zu überlassen. Dieser ethische Anspruch gilt ebenso für den Abschluss eines Beratungsprozesses, denn auch hier steht die Fachkraft in der Verantwortung, der jugendlichen Person ein aktives Loslassen und Weitergehen zu ermöglichen. (Hofer/Diebäcker 2023: 147-149.)

In der Beratung drängen immer auch die eigenen Beziehungsmuster an die Oberfläche. Sich dieser Dynamik als Fachkraft bewusst zu sein und sich von den eigenen Erfahrungen und Identifikationen distanzieren zu können, schützt ratsuchende Jugendliche. Die „laufende Reflexion der alltäglichen Erfahrungen“ (Schröder 2021: 1159) und das „Beziehungslernen“ in kleinen und kontinuierlichen Gruppen (Fuhr 2003: 47), um Einstellungen, Haltungen, Kompetenzen und Verhaltensweisen für die Gestaltung

»Es ist die andere Art, Gespräche zu führen, die von Jugendlichen besonders geschätzt und auch aktiv gesucht wird«

professioneller Beziehungen weiterentwickeln zu können. Selbsterfahrung, berufliche Fallreflexionen, Einzel- und Teamsupervisionen sowie Fort- und Weiterbildungen müssen organisatorisch ermöglicht und von Fachkräften wahrgenommen werden.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass sichtbare und unsichtbare Unterschiede die Beratungsbeziehungen (nicht nur) in der Jugendarbeit beeinflussen. Trotz hoher Diskriminierungssensibilität sind Unterschiede hinsichtlich sozialer Herkunft, Migrationserfahrung, Hautfarbe, Geschlechtsidentität oder Behinderung u.a. dafür relevant, wie das Verhalten der anderen Person wahrgenommen und gedeutet wird, wie es eingeordnet und beurteilt wird. In der Jugendarbeit ist z.B. der Altersunterschied oft markant – das Erwachsensein von Jugendarbeiter*innen permanent präsent. Es ist daher notwendig, mit dieser Differenz (wie mit anderen) in Beziehung umzugehen, nicht sie zu umgehen. Beziehung in der Jugendarbeit gelingt dann, wenn der Spontanität und dem Streben nach Emanzipation von jungen Menschen Raum gegeben wird. Die eigene Autorität zurückhaltend einzubringen ist zwar wichtig, um Jugendliche zum Widerspruch zu ermutigen. Die erwachsene Person soll aber „nicht hinter Verstehen, Zurückhaltung und Skepsis verschwinden, sondern in Verhalten und Worten deutlich anschaulich sein.“ (Mollenhauer 1988: 41)

Wenn sich in Beratung Asymmetrien in der Beziehung verstärken, spitzt sich auch das Spannungsverhältnis zwischen Ermutigung und Kontrastierung weiter zu. Ei-

nerseits ist Beratung geprägt von ernstnehmender Bezugnahme, in der für Unsicherheiten der Jugendlichen von den Fachkräften als „andere Erwachsene“ Raum eröffnet werden muss. Zugleich wird Beratung andererseits aber auch zum Kommunikationsraum, in dem die Fachkraft der ratsuchenden jugendlichen Person konkrete Informationen zur Führung des Lebens, zur Bewältigung des Alltags gibt. Beratung kann ihrer Funktion „kritischer Aufklärung“ mit Jugendlichen meist nur dann nachkommen, wenn die unterschiedlichen Perspektiven, z.B. aufgrund von Alter und unterschiedlicher Erfahrung, in den Prozess von Selbsterkenntnis und Veränderung eingebracht (vgl. Mollenhauer 1988: 114f.) und durch Bemühungen von „Lernen und Unterstützung in Verhandlung“ (Thiersch 2002: 155f.) mitgeklärt werden.

FH-Prof. Dipl.-Soz.-Wiss. Dr. Marc Diebäcker

Lehrt und forscht am Department Social Work der FH Campus Wien



Unter dem rechts stehenden QR-Code finden Sie das Literaturverzeichnis:

ABONNENT*INNEN INFORMATION:

Erscheinung, Preise, Abonnements: Die SIÖ erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 13,20; Jahresabonnement: € 49,50,- Inland/ € 65,- Ausland. Das Abonnement gilt für ein Kalenderjahr und verlängert sich automatisch jeweils um ein weiteres Jahr. Abbestellungen bestehender Abos sind bis drei Monate vor Jahresende mitzuteilen.

Das Abo der obds-Mitglieder ist kostenlos.

SIÖ 224 INFORMATIONEN

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:

Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit
Franz-Josefs-Kai 27
A-1010 Wien
ZVR: 275736079
UID: ATU78095936
www.obds.at

Master-Studium an der FH Oberösterreich: Lernen und Forschen wie helfen gelingt



SOZIALE ARBEIT STUDIERN IN INTERKULTURELLEN UND INTERNATIONALEN KONTEXTEN

Der Master-Studiengang Soziale Arbeit der FH Oberösterreich in Linz dient einem wissenschaftlich und fachlich vertiefenden Studium der Sozialen Arbeit unter besonderer Berücksichtigung post-migrationsgesellschaftlicher Differenzverhältnisse

Das Studium vermittelt eine wissenschaftlich und fachlich vertiefende Ausbildung unter besonderer Berücksichtigung (post-)migrationsgesellschaftlicher Differenzverhältnisse. Dieser Studienschwerpunkt wurde vor dem Hintergrund einer durch Migration geprägten Bevölkerungsstruktur Österreichs gewählt. Menschen mit Migrationserfahrung sind heute in allen Bereichen der Sozialen Arbeit anzutreffen. Die Fähigkeit, kritisch mit Rassismus, Gender und anderen machtvollen Differenzverhältnissen sowie ihrer Intersektionalität umzugehen, versteht sich daher als Querschnittskompetenz über die gesamte Soziale Arbeit und nicht nur als spezifische Qualifikation für Mitarbeiter*innen in migrationspezifischen Einrichtungen.

Die Absolvent*innen des Master-Studiengangs können in allen Tätigkeitsbereichen der Sozialen Arbeit exekutive wie leitende Funktionen ausfüllen, insbesondere Funktionen, die ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz verlangen, sowohl in der Arbeit mit Klient*innen als auch in der Leitung von Projekten und Teams.

Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Vermittlung von Wissenschafts- und Forschungskompetenz gelegt, um auch die Anschlussfähigkeit an ein Doktorats-Studium im Bereich der Sozialwissenschaften zu gewährleisten. Hier bekommen auf die Reflexionsfähigkeit und die Grundlagenorientierung des Soziologie-Studiums zusätzliches Gewicht.

Im Berufsleben ist die Kombination von theoretischer und praktischer akademischer Ausbildung ein wichtiger Trumpf.

Abschluss: Master of Arts in Social Sciences (MA)

Studiendauer: 4 Semester (120 ECTS)

Organisationsform: berufsbegleitend – eine Berufstätigkeit ist jedoch NICHT verpflichtend!

Bewerbungen: bis spätestens 30. Juni 2024

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen unter:

<http://www.fh-ooe.at/mso>



Wir schreiben seit 1966 über Soziale Arbeit.

Bestelle jetzt dein Abo auf
www.obds.at/fachzeitschrift-sioe/

.
. .
.



Die SIÖ erscheint viermal jährlich und wird vom Österreichischen Berufsverband der Sozialen Arbeit (obds) herausgegeben. Sie richtet sich an alle Mitglieder des obds und an Personen, die Interesse an die Soziale Arbeit betreffende Themen haben. Die Fachzeitschrift enthält aktuelle Informationen rund um den obds sowie Entwicklungen in der sozialen Landschaft in Österreich mit jeweiligen fachspezifischen Schwerpunktthemen, die aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive beleuchtet werden. Ebenso werden spannende Projekte, Innovationen und Konzepte in Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit vorgestellt.